

„Der Rote Seehas“



Internetzeitung von und für Sozialdemokraten, Verbände und Privatpersonen aus der internationalen Bodenseeregion

Editorial

Tunesien, Ägypten, Libyen – auch andere Staaten aus der arabischen Welt halten zurzeit die Welt in Atem. Manche denken an steigende Ölpreise, andere befürchten unheilvollen Einfluss der Islamisten in dieser gefährlichen Region. Schließlich sind die Sicherheitsinteressen Israels ebenfalls berührt. Doch worum geht es wirklich? Kann man hier wie im Falle Tunesiens geschehen, die Ereignisse auf „Arbeit und Brot“ reduzieren? Der verzweifelte Kampf der militärisch schlecht bis gar nicht geübten „Rebellen“ in Libyen weist eher auf das Streben der Menschen dort nach Freiheit und Mitsprache hin. Auch wenn es uns nicht immer schmecken sollte: diese Menschen haben **ihr** Recht auf **ihren** Weg zur Selbstbestimmung. Wenn sie Demokratie als den besten Weg dorthin erkennen sollen, muss unser Weg attraktiv erscheinen.

Etwas ratlos kann man nur beobachten, was sich nach dem Abgang Guttenbergs tut. Hunderttausende wünschen sich einen Politiker zurück, der sich schlicht und einfach des Betruges schuldig gemacht hat. Danach noch ein Innenminister, der eine Wiederauflage einer unsäglichen „Islamdebatte“ anstößt.

Wenigstens bleibt sich Mappus treu. Er findet alles gut, was aufrechte Demokraten in Rage bringt.

Als geborener Optimist will ich mich ja freuen, dass der Internationale Frauentag 100 Jahre alt ist und entsprechend in den Medien gewürdigt wird. Lippenbekenntnisse sind es allerdings eigentlich nicht, was die Frauen brauchen. Die Lektüre des Artikels von **Susi Schnäpf (S. 22)** ist durchaus nicht als Lückenbüßer gedacht. Männer, lest und denkt nach, emanzipiert euch endlich! Susi Schnäpf hat mir gestanden, dass sie „Kreide gefr.....“ habe, um nicht zu scharf zu schreiben, Warum eigentlich nicht.

Morgen ist Aschermittwoch, jetzt können wir auch in den Narrenhochburgen Plakatieren, den Wahlkampf mit voller Kraft führen.

Auf alle Fälle: **Wählen gehen – SPD wählen!**

Es grüßt Sie

die Redaktion des Roten Seehas

Karl-Heinz König, Willi Bernhard

Inhaltsverzeichnis

	Seite
- Frauen und Fortschritt – mit der SPD!	2
- Kristina Schröders Politik schadet den Frauen in Deutschland	3
- <u>EU</u> : "Europaweit krisenfeste Sparbücher und Girokonten" – Medienkompetenz ist unverzichtbar - „Ein historischer Schritt für die Gleichstellung von Frauen und Männern in Europa“	3- 5
- Der falsche Doktor zu Guttenberg	5
- Konstanzer Seminar über die direkte Demokratie - Landesregierung kannte offenbar eigene vertragliche Bindungen beim Schloss Salem nicht	5- 7
- <u>SPD-Bodenseekreis – Norbert Zeller</u> : „Sport und Ehrenamt – unverzichtbarer Bestandteil unserer Gesellschaft“	7- 8
- Norbert Zeller für faire Produkte	8
- Wieder nur Hinhaltetaktik	8- 9
- Zeller will internationales Vorgehen	9
- Schwarz-gelb verbreitet nur heiße Luft in Sachen B 31	9-10
- Termine im Bodenseekreis	10-11
- <u>SBI: SP Kanton SG</u> :	
- SP-Fraktion verlässt die Debatte des St.Galler Kantonsrates aus Protest	12
- Die Bevölkerung muss nun das bürgerliche Schlamassel ausbaden - Wie sauber ist unser Strom?	12-14
- <u>SPÖ Vorarlberg</u> : Wiederholter Rechtsextremismus in der FPÖ	14
- Ungleichbehandlung der Elternteile nach einer Scheidung beseitigen	14-15
- Einkommenstransparenz ist ein wichtiger frauenpolitischer Meilenstein	15
- Bringen wir Frauen in Führungspositionen!	15-16
- <u>SPD Kreis BC und Martin Gerster</u> : Aktion der Biberacher Jusos zum Valentinstag - Ortsumfahrung Gaisbeuren kein Selbstläufer	16
- SPD und Alpenverein machen weiter	16-17
- Anfrage an die Bundesregierung zur B 31 Friedrichshafen - SPD-Spitzenkandidat Nils Schmid besucht KaVo	17-18
- <u>SPD Kreis RV</u> : Engagierter Landtagswahlkampf von Christel Ulmer – Podiumsdiskussionen zur Bildungspolitik	18-19
- Trauer um Albert Enderle	19-20
- <u>BayernSPD - SPD Kreisverband Lindau</u> : Jetzt Druck machen – Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! - Prix Wasserfrau für die Lindauer SPD!	20-21
- <u>KV Ulm und Hilde Mattheis</u> : Ein großer Erfolg für ArbeitnehmerInnen und Arbeitslose, Ehrenamtliche, bedürftige Kinder und Kommunen	21
- Bundesregierung muss Armuts- und Reichtumsberichte weiterentwickeln	22
- <u>AsF</u> : WANN WIR SCHREITEN SEIT AN SEIT ...!	22-23
- <u>SPD Kreis SIG</u> : Daniel Klein kämpft um das Landtagsmandat	23-24
- Newsletter SPD-Landtagsfraktion Ba-WÜ	25-26
- Einladungen:	27-28
- Impressum	29

100 Jahre Frauentag

Frauen und Fortschritt – mit der SPD!

Sozialdemokratische Frauenpolitik ist eine Erfolgsgeschichte. Der Einsatz für eine Selbstverständlichkeit - gleiche Rechte für Frauen und Männer - reicht bis in die siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts zurück. Am 19. März 1911 wurde schließlich der Internationale Frauentag zum ersten Mal begangen. Heute feiern wir ihn am 8. März.

Wir haben viel erreicht. Frauen und Männer sind rechtlich gleichberechtigt. Allerdings noch nicht im wirklichen Leben. Die SPD hat deshalb einen „Aktionsplan für ein partnerschaftliches und gleichberechtigtes Miteinander von Frauen und Männern“ vorgelegt.

□ Wir wollen gleichen Lohn für gleiche Arbeit für Frauen und Männer. Frauen verdienen 23 Prozent weniger als Männer. Bei gleichwertiger Tätigkeit sind es 13 Prozent. Das ist ein Skandal. Ein Entgeltgleichheitsgesetz soll die Arbeitgeber verpflichten, Entgeltberichte zu erstellen. Darin müssen sie offen legen, wie die Gehälter und Zulagen von Frauen und Männern aussehen. Auf dieser Basis kann dann festgestellt werden, wo Diskriminierung vorliegt und beseitigt werden muss.

□ Wir wollen gute Arbeit statt prekärer Beschäftigung für Frauen und Männer. Dafür brauchen wir einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn. Gerade Frauen arbeiten häufig in prekären Jobs als (unfreiwillig) Teilzeitbeschäftigte oder in Minijobs. Meist sind sie nicht sozial abgesichert, werden schlecht bezahlt – noch schlechter als Männer. Frauen können so nicht eigenständig ihre Existenz sichern und verarmen im Alter. Diese Benachteiligungen müssen wir verhindern.

□ Arbeit und Leben gehören zusammen. Mütter und Väter brauchen Rahmenbedingungen, damit sie sich Beruf und Karriere einerseits und andererseits die Sorge für Familie und Kinder partnerschaftlich teilen können. Die SPD wird eine Debatte darüber anstoßen, wie, wann und wie lange Menschen arbeiten und wie die Arbeit organisiert werden muss.

□ Mehr Frauen in Führungspositionen sind ein Gewinn für alle. Wir werden ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft vorlegen, mit einer Mindestquote von 40 Prozent Frauen für Vorstände und Aufsichtsräte.

Die SPD hat im Laufe ihrer Geschichte und insbesondere in ihren Regierungsjahren viel erreicht. Daran wollen wir anknüpfen. Denn gesellschaftlicher Fortschritt und die Gleichstellung von Frauen und Männern gehören zusammen.

02.03.2011

SPD-Parteivorstand

Kristina Schröders Politik schadet den Frauen in Deutschland

Bundesministerin Kristina Schröder hat in einem Interview mit der ZEIT zur Frauenquote frauenpolitisches Handeln in einen Zusammenhang mit "sozialistischer Bevormundung" und "staatlichem Versuch, Menschen umzuerziehen" gestellt. Hierzu erklärt die Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF), Elke Ferner:

Wenige Tage vor dem Internationalen Frauentag lässt Ministerin Schröder erneut ihre Maske fallen.

In dem ZEIT-Interview wiederholt sie ihre Vorschläge für einen unverbindlichen Stufenplan für mehr Frauen in Führungspositionen. Im weiteren Verlauf des Gespräches diffamiert sie andere Überlegungen für eine effektive gesetzliche Quotenregelung als "staatliche Zwangsbeglückung" oder "starre Einheitsquote". So weit, so bekannt.

Schließlich versteigt sie sich zu abstrusen weltanschaulichen Debatten. Sie wendet sich "gegen den staatlichen Versuch, Menschen umzuerziehen" und gegen "sozialistische Bevormundungen".

Es ist empörend, mit welchen Begriffen die Ministerin um sich wirft. Umerziehung gehörte zum Alltag der DDR, zum Beispiel in Jugendheimen, in denen Zwang, Gewalt und Drill gegen junge Menschen ausgeübt wurde. Dies in einen Zusammenhang zu setzen mit Frauen- und Gleichstellungspolitik ist unerhört. Damit bereitet sie auch den Boden für den "Geschlechterkampf von rechts".

Geschlechterquoten für Führungspositionen sind kein Ziel, sondern ein Mittel zum Zweck. Während Norwegen, Frankreich, Spanien und Österreich erkannt haben, dass nur verbindliche, nicht freiwillige Vereinbarungen zu mehr Frauen in Führungspositionen führen, tritt die schwarz-gelbe Bundesregierung gleichstellungspolitisch auf der Stelle.

Anstatt Plattitüden und dummes Geschwätz von sich zu geben, sollte die Ministerin ihrer Aufgabe als Frauenministerin endlich gerecht werden. Schon bei Themen wie Rassismus und Feminismus ist sie gescheitert. Frau Schröder will nicht Frauenpolitik im 21. Jahrhundert gestalten, sie pflegt und hegt ihr konservatives Weltbild – zum Schaden der Frauen in Deutschland.

24.02.2011

Pressestelle SPD



Fraktion der Progressiven Allianz der
Sozialdemokraten
im Europäischen Parlament

Peter SIMON:

"Europaweit krisenfeste Sparbücher und Girokonten"

**Berichterstatter zur Neuregelung der
Einlagensicherungssysteme fordert
besseren Schutz unter Einbeziehung
bewährter Modelle**

"Zur Sicherung von Sparbüchern und Girokonten im Falle einer Krise braucht Europa einheitlich geregelte Systeme. Ausgangspunkt dafür muss eine Basis für wirkungsvolle Schutzsysteme sein, die auf die konkreten Bedürfnisse vor Ort eingeht, und nicht eine sinnlose allgemeine Gleichmacherei in 27 Mitgliedstaaten der EU", bringt der Berichterstatter und SPD-Europaabgeordnete **Peter SIMON** die Kernaussage seines Entwurfs zur Neuregelung der Einlagensicherungssysteme auf den Punkt. In seinem Vorschlag für die gesetzliche Neuregelung fordert das Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft- und Währung gemeinsame Anforderungen an alle Sicherungssysteme in Europa unter Einbeziehung bewährter Modelle: Sämtliche Kreditinstitute müssen in Zukunft jeweils einem Sicherungssystem beitreten, das dem Einleger im Falle eines Bankenzusammenbruchs einen europaweit einheitlichen Rechtsanspruch auf Erstattung innerhalb einer kurzen Auszahlungsfrist bietet. Zudem plädiert der Sozialdemokrat von Anfang an für eine ausreichende Finanzierung der Systeme. "Gerade durch die Bündelung dieser und anderer Maßnahmen kann sichergestellt werden, dass die Ersparnisse überall in Europa gleich geschützt und die Sparbücher und Girokonten krisenfest sind", unterstreicht **Peter SIMON**. "Das heißt gleiche Spielregeln für alle, aber größtmögliche Flexibilität bei der Ausgestaltung der Funktionsweise der Systeme. Gerade einheitliche europäische Anforderungen kombiniert mit der Förderung bewährter Modelle sorgen in besonderem Maße für Stabilität", so der Europaparlamentarier weiter.

Den im letzten Jahr von der Europäischen Kommission vorgelegten Entwurf für eine gesetzliche Neuregelung der Einlagensicherungssysteme beurteilt **Peter SIMON** als teilweise zu einseitig und realitätsfern: "Die Kommission versucht einfach alle Schutzsysteme für Girokonten und Sparbücher über einen Kamm zu scheren ohne dabei die Unterschiedlichkeiten der einzelnen Länder und Bankmärkte zu berücksichtigen. Bereits bewährte

Praktiken sowie die Förderung vorbeugend wirkender Sicherungssysteme, die eine Auszahlung der Einleger erst gar nicht notwendig machen würden, kommen viel zu kurz. In meinem Vorschlag steht deshalb auch die Prävention im Fokus."

Nach den Vorschlägen des Berichterstatters **Peter SIMON** bleibt den Mitgliedstaaten bei Einhaltung der gemeinsamen europäischen Anforderungen aber immer noch größtmöglicher Spielraum bei der konkreten Ausgestaltung der Sicherungssysteme. "Im Gegensatz zum Kommissionsentwurf trägt mein Vorschlag für eine gesetzliche Neuregelung den bereits bewährten nationalen Funktionsweisen der Sicherungssysteme Rechnung. Damit wollen wir der Vielfalt der Finanzmärkte gerecht werden", so der Europaparlamentarier. "Die deutschen Sparer könnten damit wie bisher auf die bewährte Institutsicherung der Sparkassen und Volks- und Raiffeisenbanken sowie auf das Sicherungssystem privater Banken vertrauen. Unterschiedliche Systeme dürfen unter Einhaltung der gemeinsamen europäischen Anforderungen somit weiterhin bestehen und bewährte Systeme positiv weiterentwickelt werden", bekräftigt der Berichterstatter. "Einheitlicher Schutz in Vielfalt", betont **Peter SIMON** in Anlehnung an den Leitspruch der Europäischen Union abschließend das Leitmotiv seines Gesetzesvorschlags. Dieser wird am 16. März 2011 erstmals im Wirtschafts- und Währungsausschuss vorgestellt.

Brüssel, 28.02.2011 Für weitere Informationen:
Büro Peter Simon und
Algara Stenzel (Pressesprecherin)

Medienkompetenz ist unverzichtbar

Das Internet ist ein unverzichtbarer Bestandteil unseres Alltags geworden. Die digitale Welt bietet auf der einen Seite viele Chancen, birgt auf der anderen Seite aber auch einige Gefahren im realen Leben.

„Die raschen technologischen Entwicklungen bieten den Nutzern enorme Möglichkeiten, stellen aber auch den Datenschutz vor ganz neue Herausforderungen. Deswegen müssen die Datenschutzgrundsätze an die neuen Technologien angepasst werden. Es muss sichergestellt werden, dass personenbezogene Daten auch in Zukunft wirksam geschützt sind“, so Matthias Groote, Mitglied im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie des Europäischen Parlaments.

Seine SPD-Kollegin und innenpolitische Expertin Birgit Sippel ergänzt: „Datenschutzfragen lassen sich kaum noch auf regionaler oder nationaler Ebene beantworten. Zwar ist seit dem Lissabon-Vertrag der Schutz persönlicher Daten EU-weit durch die Grundrechtecharta garantiert, jedoch hat sich der rechtliche Rahmen noch nicht in demselben Maß entwickelt wie das Internet selbst. Wir brau-

chen dringend eine gesamteuropäische Rechtsetzung für einen modernen Datenschutz in den neuen Medien. Rechte und Vorschriften, die im wirklichen Leben gelten, müssen auch in der digitalen Welt gelten.“

„Datenverkehr ist so selbstverständlich wie Straßenverkehr. Deshalb müssen wir Wissen um den Wert persönlicher Daten vermitteln. Der kritische Umgang mit den eigenen Daten kann und muss zu einer Kulturtechnik wie Lesen oder Rechnen werden. Die Vermittlung von Medienkompetenz ist eine Aufgabe, der sich neben der Schule auch Eltern, staatliche Einrichtungen und nicht-staatliche Organisationen stärker annehmen müssen“, meint die SPD-Medienexpertin Petra Kammerevert.

Die EU solle sich ehrgeizige Standards im Datenschutz setzen und bei ihrer Einhaltung eine Vorreiterrolle einnehmen, fordern die SPD-Europaabgeordneten abschließend

Aus: Europa-Aktuell 2/2011

„Ein historischer Schritt für die Gleichstellung von Frauen und Männern in Europa“

*Die SPD-Europaabgeordnete Evelyne Gebhardt
begrüßt das EuGH-Urteil zum Verbot
geschlechterspezifischer Versicherungstarife*

„Dieses Urteil stellt einen wichtigen Schritt zur Verwirklichung der Gleichbehandlung von Frauen und Männern in der EU dar“, kommentierte Evelyne Gebhardt das Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom Dienstag. „Es ist eindeutig diskriminierend, dass Versicherte bis heute allein aufgrund ihres Geschlechts höhere Beiträge zahlen müssen. Dies widerspricht den europäischen Grundwerten, wie sie auch in der Charta der Grundrechte verankert sind.“

Während die Versicherungsbranche bei der Gleichbehandlungsrichtlinie des Rates von 2004 noch eine Ausnahmeregelung auf unbestimmte Zeit durchsetzen konnte, um etwa deutlich höhere Beitragssätze für Frauen bei Lebensversicherungen zu rechtfertigen, seien sie nun mit ihren Argumenten gegen die Gleichstellung klar gescheitert. „Wenn Versicherungen jetzt steigende Kosten für die Beitragszahler ankündigen, ist das eine reine Drohgebärde. Das Urteil verlangt lediglich eine gerechtere Verteilung der Kosten, wodurch eine Beitragserhöhung in keiner Weise gerechtfertigt werden kann“, kritisierte Evelyne Gebhardt.

Grund für eine weitergehende europäische Gesetzgebung sieht die langjährige Europaabgeordnete infolge des EuGH-Urteils nicht: „Abgesehen von der nun für ungültig erklärten Ausnahmeregelung

wurden mit der Gleichbehandlungsrichtlinie die auf europäischer Ebene notwendigen Bestimmungen geschaffen. Diese sollen die in der Grundrechtecharta festgeschriebene Gleichheit von Frauen und Männern in allen Bereichen sicherstellen.“

Als sehr bedauernswert bezeichnete Evelyne Gebhardt jedoch die Tatsache, dass der Abbau von Diskriminierungen einmal mehr nur durch europäischen Druck erreicht werden konnte. Gerade in Deutschland sei die nationale Politik dazu offensichtlich nicht in der Lage. „Wie schon so oft muss Europa bei der Frage der Gleichstellung von Frauen und Männern einspringen, weil sich die deutsche Politik mit der Umsetzung dieses zentralen Prinzips einer modernen Gesellschaft schwer tut“, so die Sozialdemokratin abschließend.

Hintergrund:

Am 1. März 2011 hat der EuGH in einem wegweisenden Urteil festgestellt, dass unterschiedliche Versicherungstarife für Frauen und Männer eine Diskriminierung darstellen. Der EuGH erklärte damit die in Art. 5 Abs. 2 der Gleichbehandlungsrichtlinie von 2004 festgeschriebene Ausnahmeregelung für ungültig, auch weil diese dem Ziel der gesamten Richtlinie, für eine tatsächliche Gleichberechtigung von Männern und Frauen zu sorgen, zuwider laufe. Ab dem 21. Dezember 2012 darf das Geschlecht damit nicht mehr als Berechnungsfaktor für Versicherungsbeiträge herangezogen werden.

Künzelsau, 3. März 2011

Büro Evelyne Gebhardt, MdEP

Kommentar

Der falsche Doktor zu Guttenberg

Nein, ich habe noch nie kapiert, was an dem Herrn zu Guttenberg gar so umwerfend Tolles hätte sein sollen. Aber natürlich sollte er sich auch in meinen Augen bewähren dürfen. Ob er in allen vorhergegangenen Ereignissen (Tanklastzug in Kundus mit Angriffen auf Zivilbevölkerung; Gorch Fock; Unfälle oder Schlimmeres innerhalb der Bundeswehr in Afghanistan) richtig oder fehlerhaft gehandelt hat, vermag ich nicht zu beurteilen. Selbst wenn es Fehler gewesen wären: Fehler macht jeder Mensch. Zugestanden. Und er hätte sie ja auch nicht persönlich gemacht.

Der dicke Hund kommt für mich erst mit der Doktorarbeit. Wenn da jemand abschreibt, reihenweise, um die 20 Prozent des Ganzen, und dabei die Zitate immer wieder ein ganz klein wenig abändert, um das Abschreiben zu vertuschen, dann ist das nicht ein Fehler, „der jedem mal passieren kann“, sondern dann ist das ganz klarer vorsätzlicher Betrug. Da geht es nicht nur um ein paar Gänsefüßchen mehr oder weniger, wie manche beschönigen, die den Absturz ihres Halbotts nicht wahrhaben wollen. Ebenso wäre es noch

ein glatter Betrug, wenn er auch noch andere beauftragt hätte, für ihn an der Doktorarbeit zu schreiben.

Ende Februar gab zu Guttenberg nach anfänglichem massivem Abstreiten „Fehler“ zu und entschuldigte sich. Nein, falsch, Herr Minister! Ganz klaren Vorsatz zum dicken Betrug hätten Sie einräumen und sich dafür entschuldigen müssen! Ohne Wenn und Aber!

Heuchelei und Krokodilstränen sind es auch, wenn er den Dokortitel schließlich zurückgeben und nicht mehr führen wolle. Inzwischen kann es jeder wissen: Das ist schon wieder eine Publikums-Versarsche, denn das geht gar nicht. Nur die Universität, die den Dokortitel vergab, kann ihn wieder einziehen. „Zurückgeben“ kann man ihn nicht.

Freilich, der zuständige Uni-Professor, der zu Guttenbergs Doktorarbeit betreute und mit besten Noten bewertete, wird noch erklären müssen, warum er nichts von all dem Betrug gespannt haben will. Geht der Skandal womöglich noch tiefer, als wir bislang ahnen?

Ludwig Dorner (Rotes Fuchse)

Konstanzer Seminar über die direkte Demokratie

Genau 21 politisch Interessierte von Tübingen bis Überlingen und Meersburg, wollten sich im Konstanzer Hotel „Barbarossa“ darüber informieren lassen, wie direkte Demokratie in der Praxis funktioniert. Die SPD-Kandidatin für die Landtagswahl im Wahlkreis Konstanz, die türkischstämmige, tüchtige Frau und Mitinhaberin eines Döner-Restaurants, **Zahide Sarikas**, bemühte gleich zu Beginn ihrer Ansprache Willy Brandt und sein Wort vom „Mehr Demokratie wagen“ aus der Regierungserklärung als neugewählter Bundeskanzler 1969. An ihrer Seite der sozialdemokratische Gast aus der nahen Schweiz, **Peter Gubser**, aus Arbon im Kanton Thurgau.



v. li. Andreas Raschke, Zahide Sarikas, Peter Gubser, Willi Bernhard

Foto: www.frieder-schindele.eu

Er ist seit vielen Jahren engagierter Stadt- und Kantonspolitiker der SP. Außerdem hat er viele regionale, linke Abstimmungskampagnen moderiert und ab und zu auch Urnengänge in Arbon bei eidgenössischen Volksabstimmungen geleitet. „Was ihr von

der Schweiz in Sachen Volksabstimmung lernen wollt, überlasse ich euch“, riet Gubser den Zuhörer/innen.

Er hatte ein selbstgestaltetes Plakat mitgebracht vom letzten großen Abstimmungssonntag in der Schweiz am 13. Februar 2011.

In der Thurgauer Bodenseestadt Arbon bekamen die Stimmbürger/innen 3 ½ Wochen vor diesem Termin 10 verschiedene Vorlagen ins Haus geschickt, um sie durchzusehen und das Kreuz zu machen in der betreffenden Ja- oder Nein-Rubrik.

10 Vorlagen?

Ja, da war zunächst die **schweizweite Abstimmung** über eine Vorlage der Linken, dass nämlich die Armee-Veteranen künftig ihr Gewehr nicht mehr zu Hause aufbewahren dürfen (was bisher zu nicht wenigen Verbrechen und Suiziden alljährlich führt).

Am 20. Oktober 2011 wählen die Schweizer/innen einen neuen Nationalrat, also das eidgenössische Bundesparlament!

Am gleichen Abstimmungssonntag stimmten die Thurgauer/innen zudem über einige **kantonale Vorlagen** ab, etwa über eine Veränderung der Verfassung des Kantons Thurgau. Die Stimmbürger/innen stimmten zwei anderen kantonalen Vorlagen zu, die sich für eine Kreditvergabe für den Neubau einer Dreifachsporthalle in Arbon und für den Ausbau der Sporthalle beim Berufsschulzentrum in Weinfelden eingesetzt hatten. Kreditsummen bei öffentlichen Investitionen müssen in der Schweiz vom Volk selbst entschieden werden, wenn sie das Limit von 2 Millionen Schweizer Franken übersteigen, weiß Peter Gubser. Das war es noch nicht gewesen mit der Abstimmungsprozedur. In der Stadt Arbon selbst stimmten die Bürger/innen über die städtische Beteiligung an den Baukosten für das neue Sportzentrum in Arbon in Höhe von brutto 4,4 Millionen Franken und über die Beteiligung der Stadt Arbon an den jährlich wiederkehrenden Betriebs- und Unterhaltskosten von ca. 110 000 Franken für das Sportzentrum ab. Schließlich hatten sie am 13. Februar auch noch etwas zu wählen. Sie wählten den Diplom-Landwirtschafts-Architekten Martin Klöti erneut zum Stadtammann von Arbon. Die Arboner wählten außerdem die 4 Stadträte (Dezernenten) in der Arboner Stadtverwaltung, wobei leider die Orts-SP mit ihrem Kandidaten Jakob Auer knapp das Nachsehen hatte, weil der Bewerber von der SVP etwas mehr Stimmen bekam. Am 20. März 2011 wählen die Arboner die Gemeinderäte, also die 30 Mitglieder des Stadtparlaments, neu für die Amtsdauer von 2011 bis 2015.

Am 15. Mai dieses Jahres ist der nächste große Abstimmungssonntag. Dann hat hoffentlich ein Volksbegehren Erfolg, die meist niedrige Pauschalsteuer (Reichensteuer) für in die Schweiz zugezogene Ausländer wie Michael Schumacher, Sebastian Vettel oder Jan Ullrich, 3 deutsche

Sportler also, abzuschaffen. Sie müssten dann reelle Kapitalsteuern zahlen!

Wie wirken sich so viele Abstimmungsvorlagen und Abstimmungssonntage auf das Wahlverhalten aus? Peter Gubser gibt Auskunft zu diesen Fragen der Besucher bei dem Konstanzer Demokraten-Seminar. Etwa 60 bis 80 Prozent stimmen über die Vorlagen per Post in einer Briefwahl ab, 20 bis 30 Prozent gehen am Freitag, Samstag oder noch am Wahlsonntag Morgen ins Wahllokal an die Abstimmungsurne, um dort ihre ausgefüllten Stimmzettel in die Urne zu werfen. Am 13. Februar 2011 wurde in Arbon eine Beteiligung an dem Urnengang in Höhe von knapp über 40 Prozent registriert.

In den kleinen Landgemeinden ist man deutlich fleißiger bei der Wahl- und Abstimmungsbeteiligung als in den Städten. Die Quote von 50 Prozent und darüber wird fast nie erreicht. Für eine Abstimmungsinitiative im Bund braucht man 100 000 Unterschriften von Stimmberechtigten innerhalb von 18 Monaten, bei einer kantonalen Abstimmungsinitiative sind 4 000 Unterschriften nötig, bei einer kommunalen Vorlage 500 Unterschriften. Peter räumt ein, dass die Bürgerlichen (vor allem die SVP mit ihren Millionen) immer im Vorteil sind, wenn eine Kampagne für ein Ja oder ein Nein zu einer Vorlage aufgebaut und finanziert werden soll.

Die Linken sind da meist im Nachteil und von den kleinen Summen der Spenden ihrer Anhänger/innen abhängig. Sie können das im Schweizer Regierungssystem meist wieder wett machen, indem sie an den Regierungen im Bund oder in den Kantonen beteiligt sind. Selbst zu den Regierungsmitgliedern von den anderen Parteien haben sie einen engen telefonischen oder persönlichen Draht, um Einfluss zu nehmen auf Entscheidungen. Das ist in Deutschland oder in Österreich bekanntlich nicht so der Fall.

In der Schweiz gibt es kein oberstes Verfassungsgericht, das das Abstimmungsergebnis zum Minarettverbot bei Moscheen für ungültig erklären könnte, weil es gegen die Normen des internationalen Völkerrechts (UN-Menschenrechtskonvention oder Europäische Konvention) verstößt. Insofern ist das umstrittene Abstimmungsergebnis „verbindlich“, wie Peter Gubser lakonisch auf einen Einwand antwortet.

Mit einem Weinpräsent dankt ihm Zahide Sarikas für seinen spannenden Vortrag und wünscht ihm für die kommenden Wahlen in diesem Jahr viel Erfolg für die eidgenössischen Sozialdemokraten. Sie ist übrigens in Duisburg von den Jusos politisch „sozialisiert“ worden und genießt die Spaziergänge in ihrem Wohngebiet am Konstanzer Fährhafen Staad. Sie hat einen großen Wunsch offen außer dass sie in den Stuttgarter Landtag gewählt werden will: Sie möchte Placido Domingo im Konstanzer

Bodenseestadion live singen hören. Der Rote Seehas kann es ja mal anleiern.....

W. Bernhard

SPD:

Landesregierung kannte offenbar eigene vertragliche Bindungen beim Schloss Salem nicht

Bildungsexperte Norbert Zeller:
„Das Hin und Her bei diesen Open-Air-Konzerten zeigt mal wieder, wie schludrig die Landesregierung beim Thema Salem gearbeitet hat“

Die SPD-Fraktion ist sehr verwundert darüber, dass die Landesregierung als Käufer des Schlosses Salem offensichtlich den bestehenden Mietvertrag mit dem Internat Salem nicht gekannt hat. Denn nur so sei der Vertragsabschluss mit einer Konzertagentur erklärbar, der das Land möglicherweise teuer zu stehen komme, sagt der Bildungsexperte Norbert Zeller. „Bei der Landesregierung wird erneut sichtbar, dass die eine Hand nicht weiß, was die andere tut.“

Zeller verweist auf mehrere Widersprüche. So habe das Finanzministerium bisher als Hindernis für Konzerte immer auf angebliche Sicherheitsfragen verwiesen, die sich aber letztlich als unproblematisch erwiesen hätten. Der Mietvertrag zwischen dem Haus Baden und der Internatsschule, in den das Land als Rechtsnachfolger des Hauses Baden eingetreten ist, sei hingegen öffentlich nicht angesprochen worden. Falls das Land jetzt tatsächlich mit Steuergeldern für einen sehr hohen Einnahmeausfall der Konzert-Agentur gerade stehen müsste, wäre das nicht akzeptabel, sagt Zeller.

Im Übrigen bedaure er es, dass offensichtlich keine größeren Konzerte im Schlossgelände mehr möglich seien. CDU und FDP hätten damit beim Kauf der Anlage falsche Erwartungen bei den Bürgern geweckt. „Das Hin und Her bei diesen Konzerten zeigt mal wieder, wie schludrig die Landesregierung beim Thema Salem gearbeitet hat“, sagt Zeller.

Stuttgart, 24. Februar 2011

Dr. Roland Peter, Pressesprecher

**SPD - Kreisverband
Bodenseekreis**



MdL Norbert Zeller

Sportfachgespräch:

„Sport und Ehrenamt – unverzichtbarer Bestandteil unserer Gesellschaft“

Mit: *Martin Gerster, MdB und sportpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion sowie Präsident des deutschen Sportathletikbundes, Rudolf Landwehr, Präsident des Sportkreises Bodensee und Norbert Zeller, Vorsitzender des Ausschusses für Schule, Jugend und Sport im Landtag in Baden-Württemberg*

Norbert Zeller betonte den weiterhin hohen Stellenwert des Schulsports für die Entwicklung junger Menschen. In der Ganztagschule sieht er große Chancen für den Sportbund, sich im schulischen Alltag aktiv mit einzubringen: „Bewegte Schule“ und Sport als miteinander.

Nach einem Lob für Zellers Engagement für den Sport (z. B. „bewegter Kindergarten“ ärgerte sich Rudi Landwehr über die bürokratischen Auswüchse, die die Ehrenamtszuschüsse mit sich gebracht habe: Ärger mit dem Fiskus, notwendige Satzungsänderungen. Die Organisierung Ganztageschule-Sportvereine hält Landwehr für sehr schwierig. Sie sei sehr Personen abhängig.

Martin Gerster nannte als Gründe für seine Anwesenheit Hilfe für Norbert Zeller, mit dem er sich seit seiner Zeit als Berater im Landtag verbunden fühlt. Gerster ist seit 1 ½ Jahren sportpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion. Er will viel bei den Ehrenamtlichen sein, um ihre Sorgen und Nöte zu erfahren.

„Sport hat eine unglaubliche Kraft, schützt vor Einsamkeit“ (Ringelnetz). „Sport bringt sozialen Kitt in die Gesellschaft“. Professor Spitzer (Ulm) sieht es so: „Eine Stunde Waldlauf in der Gruppe bringt Enormes als Prävention gegen Demenz oder für Rehabilitation (Verena Bentele) – zur Not tut es auch eine Stunde Laufband“.

Gerster ging stellte fest: „wir haben die Übungsleiterzuschüsse erhöht, die Steuerhöchstgrenze für Vereine verbessert. Große Probleme gibt es bei den Kommunen (Wachstumsbeschleunigungsgesetz) wegen der Kürzung von Mitteln für Hilfen und Förderung, dem Sanierungsstau bis hin zur Schließung von Schwimmhallen und Sportstätten. Hier sei des Land in der Pflicht.

Da die Sportförderung im Breitensport stark abhängig von den so genannten Lotto/Toto-Mitteln abhängig ist, käme eine Liberalisierung der Sportwetten wie die FDP sie wünscht einer

Katastrophe gleich. Private Wettanbieter fördern den Breitensport nicht.

Doping ist Betrug: „Doping muss geächtet werden“.

Bildung, Ganztageschule: Fluch oder Segen für die Vereine? Die 4 Mrd. IzzB-Mittel für die Schulen waren Geld für Baumaßnahmen. Rheinland-Pfalz hat auch Personal dafür finanziert. **„Die Ehrenamtlichen können beitragen aber nicht die Ganztageschule tragen“.** Mehr pädagogisches Personal wäre nötig, bisher zeigt sich im Land keine Besserung. Lange Jahre wurden die Mittel für den Sport gekürzt.

In der nachfolgenden Gesprächs- und Diskussionsrunde wurden Fälle von Schwierigkeiten mit dem Finanzamt konkretisiert, bei denen Gerster und Zeller Unterstützung versprochen. Ebenso gibt es Probleme mit den Gebühren für die Sportstätten. Die Träger werden genervt durch Energiekosten und Sanierungsanstau. Allgemein wird allzu bürokratischer Umgang der Behörden mit den Sportvereinen beklagt.

Dass Schulpolitik sich auf sportliches Engagement von Jugendlichen auswirken kann, kann man am Beispiel von G8 ersehen, das durch gestiegenen Leistungsdruck sportliches Engagement verhindere.

Ein Dauerärgernis für die Anwesenden ist das Ungleichgewicht beim Programmsponsoring bei den öffentlich-rechtlichen Anstalten. Gerster stellt fest, dass die Politiker in solchen Fragen dauernd abgewimmelt werden: „es gehe um die Einschaltquote“.

Karl-Heinz König

Besuch im Dritte Welt-Laden:

Norbert Zeller für faire Produkte

Der Bodenseekreis könnte bei seinen Geschenken an Dritte und im Landratsamt mehr faire Produkte berücksichtigen. Dies schlug Norbert Zeller in einem Schreiben an Landrat Wölfle vor. Hintergrund dafür ist ein aktueller Besuch im Dritte-Welt-Laden in Friedrichshafen in der Schanzstraße. Beeindruckt von der Arbeit des Vereins Eine Welt e.V. Friedrichshafen, der seit 1987 besteht, zeigte sich der SPD-Landtagsabgeordnete Norbert Zeller.

Zwei Schwerpunkte hat der Verein, so der Vorsitzende Mangold: Zum einen werden in dem Laden „Faire Produkte“ angeboten, zum andern steht die Bildungsarbeit, insbesondere für Schulklassen, im Mittelpunkt. Über 30 Freiwillige engagieren sich ehrenamtlich im Verein. Neben den eigenen Produktmarken, wie den Café Friderico“, der Schokolade zum Friedrichshafener Stadtjubiläum, bietet der Weltladen ein reichhaltiges Sortiment. Lobend

hob Mangold die Unterstützung durch die Stadt Friedrichshafen hervor. So werde nicht nur der exklusive Kaffee im Rathaus genossen, sondern Artikel aus dem Weltladen fänden auch Verwendung bei Geschenkanklässen. „Eine gute Sache“, findet Zeller, „die man auch im Landratsamt und im Landkreis kopieren könnte“.

Die Bildungsarbeit über Produktionsbedingungen und die Qualität der Nahrungsmittel sowie Kleidung und Geschenkartikel ist für den Verein von großer Bedeutung, erfuhr Zeller bei seinem Besuch. Margret Halder, die hauptamtliche Bildungsreferentin, bietet für Schülerinnen und Schüler konkrete Projekte wie z.B. zu Lebensbereichen von jungen Mädchen und Frauen in Afrika, die das Wasser für die Familie organisieren oder über Kinderarbeit, an. Im Kleinen die Welt verändern, durch bewusstes Verhalten, ist das Anliegen des Vereins, so Zeller. Mit einem Kaffeemobil, das bei einer Betriebsausflug beispielsweise gemietet werden kann, soll sowohl der Verkauf des „fair gehandelten Kaffee“ wie auch die Information verbunden werden. Zeller findet diesen Ansatz sehr praxisnah und kann sich den Einsatz auch für diverse Feste in Friedrichshafen vorstellen.

Der Abgeordnete der Bodenseeregion sagte dem Verein auch weiterhin seine Unterstützung zu. „Sie leisten mit Ihrer Arbeit einen kleinen aber wichtigen Beitrag für mehr Gerechtigkeit und den Weltfrieden“.

23.02.2011

Büro Norbert Zeller, MdL

Ministerin zu mtu-Uferweg

Zeller:

Wieder nur Hinhaltetaktik

Wieder keine klaren Aussagen aus Stuttgart, dass sich beim mtu-Uferweg in Friedrichshafen in naher Zukunft etwas bewegen wird, bemängelt der SPD-Landtagsabgeordnete Norbert Zeller. In der nun aktuell eingegangenen Antwort der Umweltministerin auf seine erneute Anfrage zur Uferrenaturierung am Bodensee stehe nichts als Wischiwaschi. „Die ursprüngliche Planung wird derzeit überarbeitet. Mit ersten Entscheidungen über das neue Konzept ist im Laufe des Jahres zu rechnen“, so die Ministerin.

„Mit diesem Statement lässt uns Gönner wie seit Jahren im Regen stehen“, kritisiert Zeller. „Außer Verzögerung und leeren Versprechung hat uns die Landesregierung nichts zu bieten“, so der Abgeordnete über die erneute Verschiebung bei der Uferrenaturierung im Bereich vor Manzell bei mtu-Werk 2. „Über drei Jahrzehnte warten die Bürger in Friedrichshafen schon auf den mit der Uferrenaturierung verbundenen Weg direkt am See und immer wieder nichts aus Stuttgart“, wirft Zeller der Lan-

desregierung vor. Endlich habe sich die mtu bewegt, nun verzögere das Land.

Auch an anderen Stellen am Bodenseeufer, wie in Eriskirch, sieht es nach Ansicht Zellers nicht besser aus. Auch hier heißt es, dass die Planungen beim Strandbad nicht abgeschlossen werden konnten. Für Hagnau West werde derzeit erst Kontakt mit der Gemeinde für eine abschnittsweise Umsetzung diskutiert. Im Bereich des Zeltlagers bei Seemoos sei die Uferrenaturierung für 2012 vorgesehen. Die Uferrenaturierung vor Kressbronn vom Gemeindefahen bis zur Landesgrenze mit einem geplanten Uferweg hängt es, weil eine Klage gegen den Planfeststellungsbeschluss aus 1998 zwar 2010 vom Verwaltungsgericht in Sigmaringen abgewiesen wurde, aber nun beim Verwaltungsgerichtshof in Mannheim zur Berufung stehe und eine Petition am 30. November letzten Jahres in gleicher Angelegenheit eingereicht wurde, teilt das Ministerium an Zeller mit.

Zeller kämpft seit Jahren für die Renaturierung des stark verbauten Bodenseeuferes, vor allem aus ökologischen Gründen zum Schutz des Trinkwasserspeichers Bodensee, von dem fünf Millionen Menschen abhängig sind. „Die Hinhalte-Taktik der Landesregierung ist nicht nur für den Bodenseekreis mehr als enttäuschend“, so sein Fazit zur aktuellen Ministerantwort.

02.03.2011

Norbert Zeller, MdL

Einheitliche Tarife für Behinderte auf dem See:

Zeller will internationales Vorgehen

Als Landtagsabgeordneter der SPD in Baden-Württemberg und als Vorsitzender der SBI (Vereinigung der sozialdemokratischen Parteien rund um den Bodensee) will Norbert Zeller, dass bald einheitliche Tarife für schwerbehinderte Menschen und Rollstuhlfahrer auf dem Bodensee gelten.

In einer parlamentarischen Anfrage an die baden-württembergische Landesregierung hatte er auf die unbefriedigende Situation für Behinderte bei den Beförderungstarifen auf den Bodenseeschiffen hingewiesen und auf Abhilfe gedrängt. Derzeit ist es so, dass auf Schweizer Seite die Beförderung von Behinderten und einer Begleitperson frei ist, nicht aber auf deutscher Seite. Es gibt auch auf deutscher Seite zwischen dem Unter- und dem Obersee unterschiedliche Regelungen. Behinderte, die auf dem Obersee mit den Schiffen unterwegs sind, müssen für sich und für die Begleitperson zahlen, während auf dem Untersee wieder eine andere Regelung gilt. „Hier muss eine einheitliche Tarifreglung her“, er-

klärt Zeller, auch im Hinblick auf den Tourismus und den demoskopischen Wandel.

Er forderte daher die Landesregierung auf, hier tätig zu werden, will aber darüber hinaus auch als Präsident der Vereinigung aller sozialdemokratischen Parteien rund um den Bodensee in einer konzertierten Aktion der SBI die Sache voranbringen. Die Sozialdemokraten in der Schweiz und in Österreich werden nun ebenso wie er dies in Baden-Württemberg getan hat, ihre Regierungen auffordern, zu einer einheitlichen Tarifreglung auf dem Bodensee zu kommen. „Wir leben in einer Euregia mit weitgehend offenen Grenzen“, so Zeller, „da sollte es schon möglich sein, diesen Tarifdschungel zu beseitigen“. Die Internationale Bodenseekonferenz habe sich bereits mit dem Thema befasst, wurde vom Beauftragten der Landesregierung für die Belange behinderter Menschen, Staatssekretär Hillebrand MdL, auf die Anfrage von Norbert Zeller erklärt, „Eine Vereinheitlichung der Tarife könne aus heutiger Sicht allerdings nur mittels einer freiwilligen Übereinkunft der Verkehrsunternehmer zur gegenseitigen Freifahrtberechtigungen erreicht werden“, so aus dem baden-württembergischen Staatsministerium. Für Zeller ist das keine befriedigende Lösung, deshalb wird er nun als Chef der SBI in der Angelegenheit am Ball bleiben. Die Regierungen der Länder Baden-Württemberg, Vorarlberg und der schweizerischen Kantone am See müssen eben auf die Schiffverkehrsunternehmen einwirken, dann lasse sich auch hier etwas bewegen.

04.03.2011

Büro Norbert Zeller, MdL

Schwarz-gelb verbreitet nur heiße Luft in Sachen B 31

Der Besuch des Staatssekretärs Andreas Scheuer vom Bundesverkehrsministerium in Friedrichshafen hat es gezeigt: Es wurde in Sachen B 31 sehr viel heiße (Wahlkampf-)Luft verbreitet. Auch die schriftliche Antwort des Ministeriums zur Anfrage des Bundestagsabgeordneten Martin Gerster (SPD) ergab lediglich, dass die Vorfinanzierung der B 31 zwischen Friedrichshafen und Immenstaad geprüft werden soll. Kein Wort darüber, ob CDU und FDP einen solchen Weg grundsätzlich befürworten.

Natürlich muss ein solcher Vorschlag dann juristisch wasserdicht geprüft werden. Achtzehn Jahre hat das Planfeststellungsverfahren der B 31 zwischen Friedrichshafen und Immenstaad gedauert, rekordverdächtig im negativen Sinne. Jetzt wurden auch noch die Mittel für den Bundesfernstraßenbau für Baden-Württemberg durch schwarz-gelb um jährlich 90 Mio. € gekürzt. Damit hätte man lustig die B 31 in Friedrichshafen und Überlingen bauen können.

Noch skandalöser ist die Tatsache, dass zwischen Immenstaad und Überlingen derzeit überhaupt

niemand einen Ausbau der B 31 plant, kein einziger arbeitet an dem Projekt. Die Menschen in Hagnau, Meersburg, Uhdlingen-Mühlhofen und Überlingen ersticken im Verkehr. Für die Planung ist allein die Landesregierung zuständig. Sie trägt die Verantwortung für's Nichtstun.

07.03.2011

Norbert Zeller MdL

Unser Kandidat für den Wahlkreis 67



Termine im Bodenseekreis

Norbert Zeller MdL bittet euch folgende wichtige Termine im Bodenseeraum für Zeit des LTW-Wahlkampfes vorzumerken:

- Donnerstag, 10. März 10-12 Uhr, Stand auf Markt in Markdorf.
 - Freitag, 11. März 2011 um 20 Uhr, Podiumsdiskussion des Badischen Landwirtschaftlichen Hauptverbandes Überlingen/Pfullendorf (Ort noch offen)
 - Samstag, 12. März. 10-12 in Überlingen Infostand am Markt
zur Bildungspolitik mit Norbert
 - Sonntag 13. März 18 Uhr, Meersburg, Podiumsdiskussion des Südkurier mit Kandidaten, Sommertalhalle
 - Montag, 14. März 19 Uhr, Sipplingen, Mitgliederversammlung des SPD-OV Sipplingen
 - Mittwoch, 16. März TV-Duell Mappus-Schmid 20.15 Uhr Friedrichshafen public viewing /Ort wird noch bekannt gegeben
 - 16. März von 9-12 Uhr Markt
- **Immenstaad**
 - Donnerstag, 17. März, 19.30 Uhr Überlingen Podiumsdiskussion in der Waldorfschule Überlingen
 - Freitag, 18. März Friedrichshafen SPD-Jahreshauptversammlung, 19 Uhr Dorfkrug ,mit Norbert Zeller
 - Samstag 19. März Infostand am Markt 8-12 in Überlingen Verkehrspolitik zu B31 und Bodenseegürtelbahn ohne Norbert)
9-10.30 Stand in FN mit Norbert
 - Samstag, 19. März 11-12.30 Uhr Markt Bermatingen am Rathaus
 - Samstag, 19. März ab 12.30 wieder Stand der SPD in FN
 - Montag, 21. März 15 Uhr, Podiumsdiskussion im Gymn. Überlingen
 - Dienstag 22. März 19 Uhr, Bildungszentrum Markdorf, Podiumsdiskussion
 - Donnerstag, 24. März, Stand in Markdorf auf dem Markt 10 Uhr-12 Uhr
 - Freitag 25. März Stand in Meersburg 10 Uhr und „Volksdampf“ in Nussdorf 20:00 und anschließend Kneipenbummel in Überlingen mit Norbert und Leon Hahn
 - Samstag 26. März Stand 9-12 Uhr in FN Infostand am Markt 8-12 in Überlingen Finanzen (ohne Norbert)
13 Uhr, Friedrichshafen, IBO Sporttalk „cool and clean“ Aktionsbühne Halle A 6, Sportkreis Bodensee
 - **Sonntag 27.3. Wahl und Siegesfeier**
Ort: Claude- Dornier- Zimmer, Graf-Zeppelin- Haus
Wahlkreisbüro FN Stand 15.2.2011

Termine, die oben erwähnt sind, werden bei den gastgebenden Ortsvereinen nicht mehr gesondert aufgeführt

KV-Sitzung:

04.04.2011
Kreisvorstandssitzung
19.30 Uhr bis 22.00 Uhr
Parteiöffentlich

08.04.2011

Kreisdelegiertenkonferenz mit Neuwahlen

parteiöffentlich

OV Bermatingen:

Ortsvereinsitzung

Montag, 14.03.2011, 19:30 Uhr - 21:30 Uhr.

Ort: Weinstube Stecher

Infostand

Samstag, 19.03.2011, 09:00 Uhr - 15:00 Uhr.

Ort: vorm Rathaus

OV Deggenhausertal:

Mitgliederversammlung

Donnerstag 17.03.11 um 20 Uhr

Gasthaus Rossknecht, Deggenhausen

OV Friedrichshafen:

Samstag, 12.03.2011, 10:00 Uhr - 14:00.

SPD Infostand,

**Ort: Schlemmermarkt auf dem
Adenauerplatz**

Freitag, 18.03.2011, 19:00 Uhr.

Jahreshauptversammlung,

Ort: Dorfkrug Friedrichshafen

Samstag, 26.03.2011, 10:00 Uhr - 14:00.

SPD Infostand,

**Ort: Schlemmermarkt auf dem
Adenauerplatz**

OV Immenstaad:

Montag, 14.03.2011, 20:00 Uhr - 22:00.

Einladung zum politischen Stammtisch,

Ort: tbd

Vor der Landtagswahl sind wie immer noch viele unentschlossen, wen sie wählen wollen. Leider hat bei der letzten Landtagswahl nur jeder Zweite überhaupt gewählt. Wir wollen in ungezwungener Runde die SPD Vorstellungen diskutieren. Daher laden wir herzlich ein zum politischen Stammtisch am

Ort wird noch bekanntgegeben

OV Markdorf:

Vorstand

Donnerstag, 10.03.2011, 20:00 Uhr - 22:30 Uhr.

Ort: Krone

Infostand zur Landtagswahl

Samstag, 12.03.2011, 09:00 Uhr - 13:00 Uhr.

Infostand zur Landtagswahl

Samstag, 19.03.2011, 09:00 Uhr - 13:00 Uhr.

Infostand zur Landtagswahl

Donnerstag, 24.03.2011, 08:00 Uhr - 00:00 Uhr.

OV Meersburg:

Donnerstag, 31.03. 20:00 Uhr

Vorstandsitzung

Gutsschänke

OV Meckenbeuren:

Mittwoch, 16.03.2011

Christel Ulmer kommt nach Meckenbeuren

Ort: Wochenmarkt

Am 16. März 2011 kommt Christel Ulmer, unsere SPD- Landtagskandidatin, auf den Wochenmarkt in Meckenbeuren.

OV Tettang:

Samstag, 12.03.2011, 10:30 Uhr - 13:00.

Christel Ulmer kommt nach Tettang

Ort: Tettanger Städtlesmarkt

Am 12. März 2011 kommt Christel Ulmer, unsere SPD- Landtagskandidatin, auf den Tettanger Städtlesmarkt.

OV Überlingen:

- **Mittwoch 9. März Infostand am Markt 10-12 in Überlingen**
mit sauren Heringen zum Aschermittwoch ab 13:00 Kuttelessen bei Margot Hess
- **Samstag 19.03.2011**
Ort: Münsterstraße, Wochenmarkt
Straßenwahlkampf
Thema: Verkehr, Gürtelbahn und B31
Zeit: 8:30-12:30
- **Freitag 25.03.2011**
Ort: Nußdorf, DGH
Thema: Kabarett mit der Gruppe
Volksdampf Birnout 2.0
Zeit: 20:00-22:00
Anschließend Kneipenbummel mit Norbert Zeller
- **Samstag 26.03.2011**
Ort: Münsterstraße, Wochenmarkt
Straßenwahlkampf
Thema: Gemeindefinanzen
Zeit: 8:30-12:30

Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und Gewerkschaften

www.bodensee-internationale.org



Sozialdemokratische Partei
Kanton St. Gallen

Communiqué SP-Kantonsratsfraktion St.Gallen

SP-Fraktion verlässt die Debatte des St.Galler Kantonsrates aus Protest

St.Gallen–Die SP-Fraktion hat die laufende Debatte über das Sparmassnahmenpaket der St.Galler Regierung aus Protest verlassen. Dies darum, weil sich der bürgerliche Kantonsrat der Diskussion verweigert. Auf skandalöse Weise wurde per Ordnungsantrag die Diskussion über weitere massive Sparanträge abgebrochen. Der Kantonsrat möchte weitere 35 Millionen Franken nur auf Kosten der kantonalen Angestellten einsparen. Diesem Kahlschlag verwehrt sich die St.Galler SP in aller Form!

16.02.2011

Weitere Auskünfte:

- o Barbara Gysi, Fraktionspräsidentin,
via Dario Sulzer, Politischer Sekretär

Die Bevölkerung muss nun das bürgerliche Schlamassel ausbaden

Der St.Galler Kantonsrat hat die 54 Sparmassnahmen der Regierung behandelt. Immerhin konnten einige Sparmassnahmen verhindert werden. Wäre für das Geschäft eine Schlussabstimmung vorgesehen gewesen, hätte die SP das gesamte Sparpaket bachab geschickt. Bei der Debatte um Einsparungen von zusätzlichen 50 Millionen, machte sich die SP für das kantonale Personal stark. Per Ordnungsantrag wurde die engagierte Diskussion jedoch abgebrochen, worauf die SP-Fraktion ein klares Zeichen setzte und den Saal aus Protest verliess.

St.Gallen – SP-Kantonsrat Peter Hartmann zeigte zu Beginn der Beratung des Aufgaben und Finanz-



plans nochmal auf, wem wir dieses unsägliche Sparpaket zu verdanken haben: „Der Staatshaushalt erholt sich nur langsam von den Ertragsausfällen und Steuergeschenken im Umfang von fast einer halben Milliarde Franken. Die Regierung hat diese Situation mit ihrer Finanzpolitik provoziert. Auch der Kantonsrat hat keine Grenzen gesehen bei den Forderungen nach Steuersenkungen. Die bürgerliche Finanzpolitik ist baden gegangen und jetzt müssen breite Bevölkerungsschichten diese unvernünftige Steuerpolitik ausbaden. Dafür tragen die bürgerlichen Parteien die Verantwortung.“

Erfolge bei der Bildung

Im Rahmen der Beratung des Sparmassnahmenpakets reichte die SP-Fraktion diverse Streichungsanträge ein. Die SP wehrte sich erfolgreich gegen Kürzungen bei der Opferhilfe und beim Kinderschutz. Die SP freut sich, dass die Teilnahmegebühren bei den Lehrwerkstätten der GrafikerInnen und BekleidungsgestalterInnen nicht erhöht werden und auf die Abschaffung des Schwerpunktfaches Italienisch verzichtet wird.

Kostenverlagerung auf PrämienzahlerInnen

Dass der Kantonsrat auf den Ausbau des ÖV-Angebotes am Abend und an den Wochenenden verzichtet und gleichzeitig die Tarife im Tarifverbund Ostschweiz erhöhen will, kommt für die SP einem Wortbruch gleich, nachdem das St.Galler Stimmvolk der S-Bahn-Initiative vor wenigen Monaten mit 80 Prozent zugestimmt hat. Jetzt werden die Pendlerinnen und Pendler bestraft.

Schmerzlich für viele werden auch die Kürzungen bei den Ergänzungsleistungen sein. Die Reduktion des Betrages für persönliche Auslagen für Heimbewohnende trifft die schwächsten Mitglieder unserer Gesellschaft.

Für Familien und den Mittelstand schwer zu verkraften, ist die Verschiebung der Kosten der neuen Spitalfinanzierung auf die PrämienzahlerInnen. Fraktionspräsidentin Barbara Gysi:

„Die Verschiebung der Kosten führt zu einem massiven Prämienanstieg, der für die unteren Einkommen nur marginal mittels zusätzlicher Prämienverbilligungen abgedeckt wird und für den Mittelstand und Familien eine erhebliche zusätz-

liche Belastung darstellt. Dazu konnte die SP nicht Ja sagen.“

Bürgerliche wollen 35 Millionen beim Personal einsparen und verweigern Diskussion

Die SP ist besorgt, dass der Kantonsrat ein weitergehendes Sparpaket im Rahmen von 50 Millionen Franken in Auftrag gegeben hat. Leider war die bürgerliche Mehrheit nicht bereit, konkret aufzuzeigen, wo diese zusätzlichen 50 Millionen eingespart werden sollen. Die Diskussion über die Folgen beim kantonalen Personal, welches mit rund 35 Millionen massiv betroffen sein wird, wollte der bürgerliche Kantonsrat nicht diskutieren und würgte die Debatte per Ordnungsantrag ab. Die SP-Fraktion verliess daraufhin aus Protest den Saal.

Nicht nachvollziehen kann die SP, den Meinungsumschwung einiger bürgerlichen Votanten beim Geschäft Erweiterung der Notfallaufnahme des Kantonsspitals, welches von der vorberatenden Kommission mit 15:0 dem Rat zugewiesen und als unbedingt notwendig angesehen wurde.

Verwirrung bei der Schlussabstimmung über die Pauschalsteuer-Initiative

Am Ende einer anstrengenden dreitägigen Session, herrschte Verwirrung bei der Gesamtabstimmung über die SP-Initiative „Schluss mit Steuervorteilen für ausländische Millionärinnen und Millionäre“. Einem Rückkommensantrag der SP-Fraktion auf Wiederholung der Abstimmung wurde nicht stattgegeben.

Oberholzer zum Kantonsgerichtspräsidenten gewählt

Die SP gratuliert Dr. Niklaus Oberholzer zur Wahl als Präsident des Kantonsgerichtes. Ebenfalls wiedergewählt wurden Benedikt Landolt als Ersatzrichter des Kantonsgerichtes und Bernard Aschmann, Marcus Flepp, David Savi und Thomas Stalder als Handelsrichter. In das Verwaltungsgeschicht wiedergewählt wurden Richter Armin Linder und Ersatzrichter Jürg Diggelmann. Im Versicherungsgericht nehmen weiterhin für die SP Einsitz: Lisbeth Mattle Frei, Joachim Huber, Marie-Theres Rüegg Haltinner sowie Marie Löhrer. Die SP gratuliert auch den nebenamtlichen Richtern der Verwaltungsrekurskommission Fritz Buchschacher und Beat Fritsche sowie den FachrichterInnen Otto Mattle und Urs Stillhard.

St.Gallen, 16. Februar 2011 Weitere Auskünfte:
o Barbara Gysi, Fraktionspräsidentin
o Dario Sulzer, Politischer Sekretär

Wie sauber ist unser Strom?

Die Bevölkerung geht wohl in ihrer Mehrheit davon aus, dass wir in unserem Land vorwiegend sauberen Strom verbrauchen. Vielen ist zudem bestimmt bekannt, dass ein beachtlicher Teil des einheimischen Stroms aus Atomkraftwerken stammt. Bei den

AKW's ist nach wie vor das Strahlungsrisiko wie auch die Lagerung der radioaktiven Abfälle ungelöst und kann auch nicht gelöst werden.

Neu für einen Grossteil der St. Galler Bevölkerung ist die Tatsache, dass unser Strom nicht annähernd so sauber ist, wie wir bisher annahmen. So wird fleissig Strom aus Wasserkraft zu hohen Preisen ins Ausland exportiert, dafür wird „schmutziger“ Strom aus fossiler Produktion importiert. Auch die immer wieder als Co2-neutral gehandelten AKW's spielen mit dem Feuer, indem sie radioaktives Brennstoffmaterial aus sehr fragwürdigen Anlagen beziehen, beispielsweise aus Majak in Russland. Im Weiteren sind Beteiligungen St. Gallischer Elektrizitätsversorgungsunternehmen (SN-Energie) an geplanten neuen Kohlekraftwerken bekannt. Sie wurde gemäss Bericht im St. Galler Tagblatt vorübergehend auf Eis gelegt. Solche Investitionen konkurrenzieren auch Investitionen in lokale Projekte.

Gemäss einer repräsentativen Umfrage von DEMOSCOPE im Auftrage des WWF wollen mehr als 80 Prozent der 501 Befragten im Versorgungsgebiet von SN-Energie Strom aus erneuerbaren Energiequellen und 69 Prozent lehnen Atomstrom ab. Wir können davon ausgehen, dass ein Umfrageergebnis in den Versorgungsgebieten von SAK und AXPO ähnlich wäre.

Der Kanton besitzt sowohl Anteile an der SAK wie auch an der AXPO, er ist durch Mitglieder der Regierung in den Verwaltungsräten vertreten. Die Frage ist, welchen Einfluss der Kanton geltend macht betreffend sauberem Strom.

Wir bitten die Regierung in diesem Zusammenhang folgende Fragen zu beantworten:

1. Gibt es eine Zusammenstellung über den eingekauften Strom von SAK und AXPO betreffend Herkunft und Primärenergieträger?
2. Wie wird die umweltgerechte Herkunft von Strom aus dem Ausland kontrolliert?
3. Wie wird die Herkunft von Brennelementen für AKW's betreffend Strahlung und Sicherheit der Mitarbeitenden und der Bevölkerung vor Ort (beispielsweise in Majak) beurteilt?
4. Wie hoch sind die Gewinne der AXPO aus dem genannten Stromhandel (sauberer Export / schmutziger Import)? Welcher Anteil davon fliesst in Rückstellungen für neue AKW's und in welchem Verhältnis dazu stehen die Investitionen in lokale Projekte für erneuerbare Energien?
5. Halten die AXPO bzw. die SAK ebenfalls Anteile an Kohlekraftwerken oder anderen Kraftwerken mit fossiler Produktion? Wenn ja, welche und wie hoch sind die Beteiligungen?

6. Welche Konsequenzen ziehen AXPO und SAK aus dem sehr eindeutigen Ergebnis der DemoSCOPE – Umfrage? Wie wird den berechtigten Wünschen der Stromkunden Rechnung getragen?
7. Wie sieht die zukünftige Strategie der Stromunternehmungen AXPO und SAK betreffend sauberem Strom aus?

21.02.2011

Weitere Auskünfte:

- o Felix Gemperle, SP-Kantonsrat
- o Ruedi Blumer, SP-Kantonsrat

Über: **Dario Sulzer, Politischer Sekretär SP SG**



Wiederholter Rechtsextremismus in der FPÖ

SPÖ-Ritsch:

**"Wie lange wird man diesem
Treiben noch zusehen?"**



Nachdem im Frühjahr letzten Jahres publik wurde, dass ein Mitglied der FPÖ Bludenz übers Internet rechtsextreme Meinungsäußerungen in Sachen Islam und Ausländer veröffentlicht hat, geht die Nazi-Affinität in den Reihen der FPÖ scheinbar weiter.

Denn vermutlich nicht ohne Grund orten auch die Grünen eine Häufung solcher Problemfälle bei den FPÖ-Parteimitgliedern und richten eine entsprechende Anfrage an Sicherheitslandesrat Erich Schwärzler.

Die SPÖ stellt mit Besorgnis fest, dass solche rechtspopulistischen Skandale stets bei den Freiheitlichen zu finden sind. „Wie lange wird man diesem Treiben noch zusehen? Für mich stellt sich die Frage, ob die öffentlich gewordenen Fälle nicht nur die Spitze des Eisbergs sind“, so SPÖ-Clubobmann Michael Ritsch.

SPÖ-Express, 18.02.2011

Ungleichbehandlung der Elternteile nach einer Scheidung beseitigen

Michael Ritsch:

Förderungen, Zuschüsse und Beihilfen adaptieren

Nach einer Scheidung, bei der die gemeinsame Ob-
sorge für die Kinder vereinbart wurde, kann es mit-
unter vorkommen, dass Väter und Mütter nach der
Trennung plötzlich mit Ungerechtigkeiten konfrontiert werden. Und zwar dann, wenn es darum geht, eine Förderung oder Beihilfe in Anspruch zu nehmen.

Unter anderem hat die Landesvolksanwältin einen Fall aufgezeigt, wo es darum geht, dass etwa nach einer Scheidung und dem damit verbundenen Wohnsitzwechsel des Kindes plötzlich der doppelt so teure Auswärtigentarif einer Musikschule in Rechnung gestellt wird, und das, obwohl das Kind schon seit Jahren diese Schule besucht.

Diese Ungleichbehandlung findet sich auch in den Beihilfensystemen des Landes Vorarlberg. Nur um ein Beispiel zu nennen: Ein Ehepaar lässt sich scheiden, die gemeinsame Obsorge wird vereinbart. Das Kind zieht mit einem Elternteil in eine andere Wohnung. Der andere Elternteil bleibt in der vormaligen gemeinsamen Wohnung. Das Kind entscheidet sich, einen Zweitwohnsitz in dieser Wohnung zu melden, da es einige Tage in der Woche dort wohnen will bzw. muss.

Vor der Scheidung betrug die anrechenbare Nutzfläche für die Berechnung der Wohnbeihilfe 80 m² (für drei Personen), nach der Scheidung beträgt die anrechenbare Nutzfläche nur noch 50 m² und dies, obwohl das Kind einige Tage in der Woche in dieser Wohnung lebt und deshalb die anrechenbare Nutzfläche bei 70 m² (für zwei Personen) liegen sollte. Umgekehrt wiederum bekommt jener Elternteil, bei dem das Kind mit dem Hauptwohnsitz gemeldet ist, Wohnbeihilfe für eine anrechenbare Nutzfläche von 70 m². Egal, wie oft sich das Kind dort aufhält.

Nach Ansicht von Michael Ritsch sollte diese Ungleichbehandlung der geschiedenen Elternteile möglichst rasch beseitigt werden. Und obwohl dem SPÖ-Clubobmann durchaus klar ist, dass dies mit Kosten verbunden sein wird, ist er der Meinung, dass diese Ungleichbehandlung nicht aus Kostengründen fortgesetzt werden darf.

In einem Antrag fordert Michael Ritsch deshalb die Vorarlberger Landesregierung auf, Förderungen, Zuschüsse und Beihilfen nach solchen Ungleichbehandlungen zu durchforsten und allfällige Unge-

rechtingkeiten, vor allem in Anbetracht der gemeinsamen Obsorge, zu beseitigen.

SPÖ-Express, 04.03.2011

SPÖ-Landesfrauenvorsitzende Olga Pircher:

Einkommenstransparenz ist ein wichtiger frauenpolitischer Meilenstein

Novelle zum Gleichbehandlungsgesetz tritt am 1. März in Kraft

Zum 100-jährigen Jubiläum des Frauentages können wir auf eine weitere wichtige Errungenschaft stolz sein: Die Novelle zum Gleichbehandlungsgesetz tritt am 1. März 2011 in Kraft.

Das bedeutet: Betriebe müssen sich verpflichtend mit den Einkommensunterschieden auseinandersetzen. In den Einkommensberichten muss angegeben werden, wie viel Frauen und Männer durchschnittlich in der jeweiligen Lohngruppe inklusive aller Zulagen verdienen. Der Betriebsrat hat das Recht auf Information und Beratung zu diesen Berichten. In Betrieben ohne Betriebsrat haben alle ArbeitnehmerInnen Einsicht in den Bericht. Wenn Frauen wegen Lohndiskriminierung klagen, ist der Einkommensbericht ein wichtiges Beweismittel. Die Daten des Berichts sind nach außen hin vertraulich zu behandeln

Weitere Verbesserungen sind: In Stelleninseraten muss in Zukunft angegeben werden, wie hoch der Kollektivvertrag ist und ob der/die ArbeitgeberIn bereit ist, mehr zu zahlen. Der Mindestschadenersatz bei sexueller Belästigung wird von derzeit 720 Euro auf 1000 Euro angehoben. Gerade für Vorarlberg mit den höchsten Einkommensunterschieden in ganz Österreich sind solche Schritte wichtig im Kampf für gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit.

SPÖ-Express, 04.03.2011

Bringen wir Frauen in Führungspositionen!

Die SPÖ plädiert für die Einführung einer Frauenquote.

Landeseigene Unternehmen sollen mit 25 Prozent den Anfang machen

In Österreich liegt die durchschnittliche Männerquote in Aufsichtsräten von börsennotierten Unternehmen bei 90 Prozent. Nach wie vor sitzen auch in den Aufsichtsräten namhafter Vorarlberger Unternehmen nur sehr vereinzelt Frauen.

Bei den im überwiegenden Eigentum des Landes Vorarlberg stehenden Betrieben können die Krankenhausbetriebsgesellschaft und die Hypo-Bank in den Aufsichtsräten Frauenquoten von 16 bzw. 13 Prozent vorweisen. Die VOGEWOSI liegt bei 8 Prozent. Die beiden Aufsichtsräte von Illwerke und VKW haben keine einzige Frau in ihren Reihen. Das ist eindeutig zu wenig.

Nachdem die Situation u. a. auch in Deutschland nicht besser aussieht, wurde beispielsweise versucht, durch freiwillige Selbstverpflichtungen die Frauenquoten in Aufsichtsräten und Vorständen zu erhöhen. Der erhoffte Erfolg blieb jedoch aus. Ein positives Beispiel dagegen ist Norwegen, wo bereits 2003 eine Frauenquote von 40 Prozent für den Aufsichtsrat eingeführt wurde. Mittlerweile folgen auch die Franzosen dem Vorbild Norwegens.

Von der SPÖ Bregenz delegierte Entsendungen in Aufsichtsräte, Beiräte und Kommissionen:

	Männer	Frauen
Pfänderbahn	1	0
Stadtwerke	2	1
Festspiel- u. Kongresshaus	2	0
Stadtmarketing	0	1
Krankenhaus Betriebs-Gesellschaft	0	1
	5 (62,5%)	3 (37,5%)

Von der SPÖ Vorarlberg delegierte Entsendungen in Aufsichtsräte, Beiräte und Kommissionen

	Männer	Frauen
Wissenschaftsbeirat		1
Vorarlberger Erdgas GmbH	1	
VOGEWOSI	1	
Kuratorium des Landeswohnbaufonds		1
Vorarlberger Illwerke AG	1	
Vorarlberger Landes –u. Hypothekenbank	1	
Raumplanungsbeirat		1
orarlberger Landesversicherung V.a.G.	1	
Vorarlberger Kraftwerke AG	1	
Weiterbildungsbeirat		1
	6 (60 %)	4 (40%)

Der von LAbg. Mirjam Jäger-Fischer eingebrachte Antragstext zur Erhöhung der Frauenquote lautet wie folgt:

A n t r a g :

Der Vorarlberger Landtag möge beschließen:

„Die Vorarlberger Landesregierung wird aufgefordert,

1.) in einem ersten Schritt bei den im überwiegenden Eigentum des Landes Vorarlberg stehenden Betrieben den Anteil von Frauen in Aufsichtsräten nach Möglichkeit auf 25 % anzuheben;

2.) bei der Bundesregierung und den im Nationalrat vertretenen Fraktionen dafür einzutreten, eine gesetzliche Regelung zu erlassen, wonach der Frauenanteil in Aufsichtsräten bis zum Jahr 2015 zumindest 30 % und bis zum Jahr 2020 zumindest 40 % beträgt.“

SPÖ-Express, 04.03.2011

**SPD Kreis Biberach
MdB
Martin Gerster**

Aktion der Biberacher Jusos zum Valentinstag

Die traditionell rote Atmosphäre des Valentinstages haben die jungen Sozialdemokraten (Jusos) Biberach nun genutzt, um wieder einmal etwas mehr „rote“ Präsenz in Biberach zu zeigen. Auf dem Marktplatz verbanden sie den Tag der Liebe mit gutem Wahlkampf.

Ein zum Liebesgott verwandelter Juso überraschte die Biberacherinnen und Biberacher mit roten Rosen, trug Liebesgedichte beispielsweise an die Bildungspolitik vor und präsentierte den Landtagskandidaten der SPD für Biberach, Franz Lemli. Die Resonanz war durchwegs positiv, der eine oder andere Interessierte fand sogar die Zeit zur politischen Diskussion.



Zum 14.02.2011

Matthias Schwär,
Wahlkampfteam Franz Lemli

Ramsauer antwortet MdB Gerster zur B30

Ortsumfahrung Gaisbeuren kein Selbstläufer

"Gaisbeuren und Enzisreute müssen für eine Ortsumfahrung schwer kämpfen", dieses Resümee zieht der SPD-Bundestagsabgeordnete Martin Gerster aus der Antwort auf sein Schreiben an Bundesverkehrsminister Ramsauer. " Um 2015 in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans zu kommen und damit überhaupt das Planungsrecht für eine Ortsumfahrung zu erhalten, muss Bad Waldsee zusammen mit dem Kreis hart arbeiten und Überzeugungsarbeit leisten", so der Biberacher Abgeordnete.

Staatssekretär Scheuer führt im Namen des Verkehrsministers in Bezug auf eine Ortsumfahrung B30 Gaisbeuren wörtlich aus: "Es kann nicht von vornherein erwartet werden, dass ein Projekt als vorrangig eingestuft wird." Für eine Aufnahme in den Prioritätenbereich "vordringlich" sei vielmehr notwendig zu belegen, dass ein außergewöhnliches Nutzen-Kosten-Verhältnis vorliege und das Verkehrsprojekt "netzkonzeptionell, raumordnerisch, städtebaulich und ökologisch" von Bedeutung sei.

Darüber hinaus, so Staatssekretär Scheuer, dürfte es "von Vorteil sein, wenn vor Ort Einvernehmen hinsichtlich des geplanten Projekts besteht". Gerade vor dem Hintergrund dieser Aussage begrüßt der SPD-Bundestagsabgeordnete Martin Gerster sehr, dass auf Bitten von Bürgermeister Roland Weinschenk sich nun endlich auch die CDU-Kollegen in Bundestag und Landtag bereiterklärt haben, an einer gemeinsamen Aktion für eine Verkehrsentlastung in Gaisbeuren und Enzisreute mitzumachen und am Freitagvormittag zu einem gemeinsamen Vor-Ort-Termin zu erscheinen. "Durch den Ausbau der B30 im Kreis Biberach und im Süden kommt immer mehr Verkehr nach Gaisbeuren und Enzisreute", so Gerster, "So lange wie in Ravensburg oder in Friedrichshafen darf man die Bevölkerung mit der Verkehrsbelastung im Ort nicht allein lassen"

16.02.2010

Matthias Schwär, Mitarbeiter
Büro Martin Gerster MdB

Unterschriftenaktion

SPD und Alpenverein machen weiter

BIBERACH – Es gibt wieder eine Gelegenheit, für ein offenes Jugendhaus und eine Kletterwand seine Unterstützung zu bekunden. Nach dem erfolgreichen Sammeln von 700 Unterschriften in wenigen Stunden setzen der SPD-Ortsverein Biberach und der Deutsche Alpenverein (DAV) zusammen mit den Jusos die Aktion fort. Am kommenden Samstag, 26. Februar, wird dazu auf dem Biberacher Wochenmarkt zwischen 9 und 13 Uhr wieder eine Minikletterwand an der Eselsskulptur aufgebaut sein und es werden wieder Unterschriftenlisten ausliegen. Außerdem möchte die Jugendhausini Listen an den Schulen auslegen, und der SPD-

Ortsverein hat bei Intersport-Heinzel in der Biberacher Bürgerturmstraße angefragt, ob dort Unterstützung für die Verwirklichung einer Kletterwand per Auslegung der Listen möglich wäre. Weitere Geschäfte und Institutionen, die unterstützen möchten, können sich an den SPD-Ortsvereinsvorsitzenden Roland Luschkowski, Telefon Biberach 373560, E-Mail luschkowski@spd-biberach.de, wenden.

Auch Landtagskandidat Franz Lemli und Zweitkandidatin Dagmar Neubert-Wirtz werden am Samstag wieder am SPD-Infostand sein.

23.02.2011

Wolfgang Heinzel
SPD-Ortsverein Biberach

Initiative von Martin Gerster, MdB

Anfrage an die Bundesregierung zur B 31 Friedrichshafen

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Martin Gerster hat heute beim Deutschen Bundestag eine offizielle schriftliche Anfrage an die Bundesregierung zur Ortsumfahrung B 31 Friedrichshafen eingereicht.

Auf Anregung des Landtagsabgeordneten Norbert Zeller verlangt der 39jährige eine Antwort auf die Frage, ob die Bundesregierung eine Vorfinanzierung des wichtigen Verkehrsprojekts genehmigt und wann ggf. die vertraglichen Grundlagen dafür geschaffen werden.

Die schriftliche Antwort der Bundesregierung auf Gersters Anfrage muss innerhalb einer Woche nach Eingang im Kanzleramt vorgelegt werden und wird in einer Drucksache des Deutschen Bundestages veröffentlicht.

„Wir brauchen Klarheit – und zwar noch vor der Landtagswahl“, so die beiden Abgeordneten Norbert Zeller und Martin Gerster. „Nach jahrzehntelangem Kampf haben die Menschen zu Recht einen Anspruch zu erfahren, ob Bundes- und Landesregierung eine schnelle Verkehrsentslastung umsetzen wollen.“

24.02.2011

über Büro Norbert Zeller, MdL



SPD Baden-Württemberg
www.WarumSPD.de

SPD-Spitzenkandidat Nils Schmid besucht KaVo

„Vertrauen Sie Dr. Schmid“, scherzte der SPD-Spitzenkandidat, als er den Vorführ-Bohrer im Foyer des Zahntechnikunternehmens KaVo langsam in Richtung Mundhöhle des Biberacher SPD-Landtagskandidaten Franz Lemli bewegte. Die beiden SPD-Politiker, die sich am 27. März in Baden-Württemberg zur Wahl stellen, besuchten vergangene Donnerstag das weltweit im Bereich der Zahnmedizin operierende Unternehmen Kaltenbach & Voigt in Biberach. Mit Marketingleiter Christian Artmann begutachteten sie zunächst die firmeneigene Sammlung an historischen Zahnarztinrichtungen und Bohrern. Besonders fasziniert waren die Besucher, unter denen auch die Biberacher Zweitkandidatin Dagmar Neubert-Wirtz und der Sigmaringer Landtagskandidat Daniel Klein waren, von einem fußbetriebenen Zahnbohrer, der auch heute noch in ärmeren Ländern zum Einsatz kommt.



v. li.: Dagmar Neubert-Wirtz, Nils Schmid und Franz Lemli

Bei einem anschließenden Gespräch ging man noch näher auf die Firmengeschichte ein, die neben einer Vielzahl von unstrittigen Erfolgen in der Zahntechnik auch eine schwere Krise in Biberach bereithält. Damals wurde die Kaltenbach & Voigt GmbH & Co KG von der US-amerikanischen Danaher Corp. vollständig übernommen. Große Teile der Belegschaft bangten um ihren Arbeitsplatz. „Zum Glück kam alles nicht so schlimm, wie befürchtet. Unterm Strich wurden ca. 20 bis 30 Stellen abgebaut, was zwar unglücklich, aber im Hinblick auf die Größe von KaVo kein Skandal ist“, erklärte Artmann. Darüber hinaus seien zweifelsohne erhebliche Kommunikationsfehler seitens der Firma gemacht worden, räumte der Marketingleiter ein.

Franz Lemli, der erfahrene Stadt- und Kreisrat, erinnerte sich selbst noch an diese problematische Zeit: „Viele Arbeiterinnen und Arbeiter hatten wahnsinnige Existenzängste.“ Das Unternehmen sei

jetzt aber wieder auf einem guten Weg und konnte sich inzwischen einen guten Ruf als verlässlicher Arbeitgeber sichern. Biberach sei froh, dass ein so starkes Unternehmen von Weltrang die Biberacher Industriepalette bereichere, so der Stadtrat.

Nils Schmid, der als Spitzenkandidat der Sozialdemokraten im Land antritt, und in seinem Wahlkampf unter anderem einen Schwerpunkt auf die Wirtschaft in Baden-Württemberg legt, sieht im Biberacher Zahntechnikunternehmen eine große Bedeutung: „Unternehmen mit hoher Innovationskraft wie KaVo waren schon immer ein Aushängeschild für unser Land. Gerade im High-Tech-Bereich hat Baden-Württemberg viel Potential, das weltweit seinesgleichen sucht.“ Ein weiterer Schwerpunkt, die Bildung, wurde ebenfalls ausführlich diskutiert. Christian Artmann bedauerte sehr, dass immer noch relativ wenige Menschen mit Migrationshintergrund Techniker oder Ingenieur würden. Im Gegensatz zu Thilo Sarrazin sei er aber davon überzeugt, dass Intelligenz normalverteilt sei, was bedeute, dass es einer Veränderung im Bildungssystem bedürfe. Dem konnte Schmid nur zustimmen: „In den Schulen muss viel mehr Neugierde in den Kindern geweckt werden. Das geht am besten mit einer individuellen Förderung in Ganztageseinrichtungen.“ Dass dies auch der Vereinbarung von Familie und Beruf zugute käme, blieb ebenfalls unstrittig.

zum 25. Februar 2011

Robin Mesarosch, Wahlkampfleiter

SPD Kreis Ravensburg

Engagierter Landtagswahlkampf von Christel Ulmer

Bei einer Versammlung der beiden SPD-Ortsvereine Meckenbeuren und Tett nang stellte sich die SPD-Landtagskandidatin Christel Ulmer der Diskussion zu aktuellen Themen.

Ihr wurde aus der Runde der anwesenden Mitglieder ein „überaus engagierter Wahlkampf“ zur Landtagswahl am 27. März in Baden-Württemberg bescheinigt. Beide Ortsvereine gehören zum neuen Landtagswahlkreis Aulendorf-Ravensburg. Die junge Kandidatin hat fast jeden Tag einen Termin und kümmert sich dennoch tagtäglich um ihre Mitarbeiterinnen und die Kinder in der Kindertagesstätte (mit 5 Gruppen) in der Gemeinde Neukirch östlich von Tett nang. Die KITA-Leiterin ist auch im Vorstand des KITA-Bündnisses Baden-Württemberg aktiv.

Mit Norbert Zeller hat sie in den vergangenen Wochen viele Bildungseinrichtungen, Rathäuser

und Ausbildungsbetriebe besuchen können. Ihr Motto für die Arbeit in der Politik: Die Menschen vor Ort in neue Konzepte einbinden, nicht von oben herab Politik machen! Was wir vor Ort in jedes Kind investieren, vor allem zum sozialen Lernen, zahlt sich später für die Gesellschaft mit dem Faktor 4 aus, ist Christel Ulmer überzeugt. Deshalb dürfen auch Schulen vor Ort im weiterführenden Bereich nicht wegbrechen. Das selektive Bildungssystem muss überwunden werden, um mehr Gerechtigkeit bei den Bildungschancen der Heranwachsenden zu garantieren. In den Unternehmen muss mehr dafür getan werden, dass die Aufgaben von Familie und Beruf vereinbar gemacht werden können. Die Frauenquote in der Wirtschaft macht nur Sinn, wenn vorher eine Infrastruktur geschaffen wird, damit die Eltern während ihrer beruflichen Arbeit ihre kleinen Kinder gut betreut und aufgehoben wissen, und zwar möglichst nahe im Umfeld des Arbeitsplatzes. Christel Ulmer erinnert gerne daran, dass in Meckenbeuren schon vor 20 Jahren ein kommunaler Ganztageskindergarten, das Kinderhaus in Buch, eingerichtet wurde. Außerdem arbeitet im Tett nanger Teilort Obereisenbach ein Outdoor-Unternehmen (VAUDE) erfolgreich, das eine Kindertagesstätte in den Betrieb integriert hat.



Christel Ulmer und Zweitkandidat Fabian Börner Ihre politische Mitbewerber um das Landtagswahlmandat machen sie nicht nervös. Da ist zum Einen der CDU-Landwirtschaftsminister Köberle, der gerade mit einer Affäre um eine umstrittene Bettel-spendenbriefaktion zu kämpfen hat. Und sie weiß auch, wie sie in den Podiumsdiskussionen mit dem Kandidaten der Grünen, dem Ravensburger Stadtrat Manfred Lucha, umgehen muss. Mit Genugtuung blickt sie auf die Wahlkundgebung mit dem SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel zurück, der sie im vollbesetzten Schwörsaal in Ravensburg kürzlich auf eindrucksvolle Weise unterstützt hatte.

Neben der Bildung, vom Kleinkindalter bis zum lebenslangen Lernen, ist die Nachhaltigkeit ein anderes wichtiges Thema der SPD-Landtagskandidatin. Sie ist sich nicht sicher, dass wir in unseren Privathaushalten oder in den Firmen künftig noch unbegrenzt über Strom und Wärmeenergie verfügen können. Zunächst wird die Energieversorgung immer teurer, dann gehen uns die Energiereserven aus. Um so wichtiger ist für die Kandidatin ein

Konzept zur Aktivierung regionaler Energieträger und zum Ausbau der Energienetze landauf, landab.

Auf Einladung der Orts-SPD referierte anschließend **Enno Steffens**, der Geschäftsführer des neuen **Regionalwerks zur Strom- und Gasversorgung** im Osten des Bodenseekreises, zur Konkurrenzsituation mit dem Strom-Goliath EnBW und den Spielräumen zur Rekommunalisierung der Energieversorgung in der Bodenseeregion. Das Regionalwerk umfasst 7 Gemeinden mit zusammen 60 000 Einwohnern, die nicht mehr Atomstrom von EnBW beziehen müssen, und das zu einem erschwinglichen Tarif.

W. Bernhard

Podiumsdiskussionen zur Bildungspolitik

Ob im Fürstenhof in Sigmaringen, in Altshausen, in Kisslegg, in Oberteuringen oder im Waldhorn-Saal in Ravensburg: die traditionellen Podiumsdiskussionen mit den Kandidat/innen der politischen Parteien zur Landtagswahl haben in diesem Frühjahr ein deutlich größeres Besucher-Echo gefunden als vor der letzten baden-württembergischen Wahl zum Stuttgarter Landtag.

Ein Grund dafür ist die Sorge in vielen Gemeinden, dass selbst Grundschulen nicht mehr vor Schließungssängsten sicher sind. Die Politik in Baden-Württemberg und in Bayern zur Rettung der Hauptschulen ist trotz der zahlreichen Reförmchen seit 30 Jahren gescheitert. Alle diese Diskussionsrunden werden von der Bildungsgewerkschaft GEW organisiert.

In Ravensburg und in Altshausen übernahm der frühere Ravensburger Oberbürgermeister und jetzige Präsident des Regionalverbandes Bodensee-Oberschwaben, Hermann Vogler (CDU), gerne die Aufgabe des Diskussionsleiters. Er konnte auf einige Errungenschaften in der städtischen Kommunalpolitik im Bildungswesen in den letzten Jahren verweisen: Ausbau der Schulsozialarbeit, Umorganisation bei den Hauptschulen in der Südstadt, Vorlage eines kommunalen Bildungsberichts, Entwicklung einer neuen Modellschule in Ravensburg, mittlerweile rund 10 000 Studierende entlang des Schussentals zwischen Weingarten und Bodensee.

Christel Ulmer, die Ravensburger SPD-Kandidatin und Leiterin einer KITA in Neukirch, behauptete sich brillant bei ihrem Plädoyer für die Überwindung der „betonierten Mehrgliedrigkeit“ im süddeutschen Schulsystem, das den Primarschülern einen gewaltigen Stress bei der anschließenden Auslese für die weiterführenden Schulen zumute, dem nicht alle Schüler psychisch und physisch gewachsen sind. Sie saß zwischen dem Fraktionsvorsitzenden der Grünen in Ravensburg, dem gebürtigen Oberbayern Manne Lucha, der die Teilhabege-

rechtigkeit und den Generationenvertrag im Bildungswesen beschwor, und dem Kandidaten der Linken, Gotthilf Lorch, Sozialarbeiter und Inklusionsberater in Tübingen. Auf der anderen Seite des langen Tisches verteidigten der junge FDP-Kandidat und Student Benjamin Strasser und der CDU-Fraktionsvorsitzende im RV-Gemeinderat, August Schuler, die herrschende plurale Schulstruktur. „Qualität ist wichtiger als die Struktur“, lautete ihr simples Credo. Die junge SPD-Politikerin engagierte sich temperamentvoll für das soziale Lernen in der frühkindlichen Bildung, für das die Arbeit der Erzieherinnen in den Kitas mit besseren Rahmenbedingungen ausgestattet werden muss. Sie trat vehement für „echte Ganztageschulen“ ein und monierte, dass über 1,5 Milliarden Euro bundesweit von den Familien für die Nachhilfe ihrer Schulkinder ausgegeben werden. Reichlich Beifall erhielt sie zudem für ihr Votum zur Abschaffung der baden-württembergischen Studiengebühren. Grundsätzlich müssten sich die Bildungseinrichtungen allen Heranwachsenden öffnen, unabhängig vom sozialen Status des Elternhauses. Christel Ulmer brachte Schuler zudem in arge Verlegenheit, als sie daran erinnerte, dass im Ländle ebenso wie jetzt in Nordrhein-Westfalen viele CDU-Bürgermeister bei der Landesschulverwaltung einen Antrag zur Errichtung einer weiterführenden Gemeinschaftsschule“ gestellt haben.

Thematisiert wurde bei der Podiumsdiskussion auch das umstrittene Kooperationsverbot in der Bildungspolitik, das die Schulpolitik in der Zuständigkeit der 16 Bundesländer zementiert.

Der Rektor der Kuppelnauschule Ravensburg, Rudolf Bosch, ging auf das Projekt für die neue Ravensburger Modellschule ein. In ein paar Jahren soll eine Angebotsschule entstehen, an der keine Selektion in verschiedene Schularten mehr existiert und die auch eine Durchlässigkeit zum Erwerb des Abiturs enthalten soll. Das Projekt ist ein Ergebnis der Beratung im überparteilichen Beirat für Schulentwicklungsplanung. Mit der Modellschule soll vor Ort die Vision „Länger gemeinsam lernen“ im mittleren Schussental Gestalt annehmen.

W. Bernhard

Trauer um Albert Enderle

Kurz nach seinem 83. Geburtstag verstarb Albert Enderle aus Wangen im Allgäu, Träger des Bundesverdienstkreuzes am Bande. Mit ihm verliert die SPD einen in der Region weithin bekannten und geachteten Verfechter der Sozialdemokratie. Besonders in seiner Heimatstadt Wangen wird sein Wirken unvergessen bleiben.

Ursprünglich gelernter Schuster, arbeitete er für die Deutsche Volksfürsorge als Organisationsleiter. 1956 war er mit seiner Familie nach Wangen gezo-

gen. Wegen Krankheit ging er 1982 in den Ruhestand.

Davon unberührt blieben seine ehrenamtlichen Tätigkeiten. Über 50 Jahre war er aktives Mitglied der AWO, langjähriger Vorsitzender und stellvertretender Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Wangen, Stadtrat, Kandidat auf Gemeinde- und Kreisebene, Betriebsratsvorsitzender, Schöffe beim Amts- und Landgericht.

Bei der Übergabe des Bundesverdienstkreuzes 2008 stellte der damalige Staatssekretär Rudolf Köberle fest: „Sie können mit Stolz auf ihre Lebensleistung zurückblicken!“

Martin Gerster nannte ihn den „Grandseigneur der Wangener SPD“.

Karl-Heinz König

BayernSPD SPD Kreisverband Lindau

SPD und Gewerkschaften gegen Missbrauch der Leiharbeit

Jetzt Druck machen – Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

Die SPD unterstützt die Aktionen des DGB und der Einzelgewerkschaften gegen den Missbrauch der Leiharbeit.

Die Zahl der Leiharbeitsverhältnisse hat rasant zugenommen und wird wohl bald die Millionengrenze übersteigen. Immer öfter gehen Unternehmen dazu über, Stammbesellschaften zu reduzieren und durch Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter zu ersetzen. Diese verdienen deutlich weniger als ihre festangestellten Kolleginnen und Kollegen – obwohl sie die gleiche Arbeit machen. Leiharbeit wird zunehmend zu Lohndumping und zur Umgehung von Tarifverträgen genutzt.

Deshalb fordern wir: Der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ muss endlich uneingeschränkt durchgesetzt werden.

Die SPD hat dies zum Gegenstand der Verhandlungen im Vermittlungsausschuss gemacht, in denen es um die Regelsätze in der Grundsicherung ging. Denn viele Leiharbeiterinnen und -arbeiter verdienen so wenig, dass sie ihren Lohn mit staatlichen Hilfen aufstocken lassen müssen.

Wir haben in den Verhandlungen durchgesetzt, dass in der Leiharbeitsbranche – außerdem in der Weiterbildung und im Sicherheits-gewerbe – bald ein Mindestlohn gelten wird.

Wir haben außerdem in enger Abstimmung mit den Gewerkschaften gefordert, dass endlich das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ durchgesetzt wird. Aber diese Gleichbehandlung der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter mit der Stammbesellschaft haben CDU/CSU und FDP bis zum Schluss blockiert.

► Schwarz-Gelb wollte gleichen Lohn erst nach 9 Monaten Beschäftigung und dann auch nur für den Grundlohn zulassen. Die große Mehrheit der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter ist aber gar nicht so lange beschäftigt.

► Die FDP wollte außerdem, dass während der Verleih-Zeit vom ersten Tag an vom Leiharbeits-Mindestlohn nach unten abgewichen werden kann, wenn im entleihenden Unternehmen weniger bezahlt wird. Also Equal Pay nach unten: ja, nach oben: nein. Damit hätten Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter in manchen Branchen weniger bekommen, wenn sie arbeiten. Das wäre blanker Hohn.

Ein solch vergiftetes Angebot konnte die SPD nicht akzeptieren. Wir hätten Hunderttausende enttäuscht, weil die Regelungen ihnen gar nicht geholfen oder sogar geschadet hätten. Das wäre Betrug an den Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern gewesen.

Deshalb haben wir die mit den Gewerkschaften vereinbarte Linie gehalten. Manchmal ist es besser, nichts zu beschließen als Mist zu beschließen.

Jetzt gilt es, weiter Druck zu machen. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss für alle Leiharbeitsbeschäftigten gelten.

26.02.2011

Weitere Informationen:

www.bayernspd.de

V.i.S.d.P.: BayernSPD, Rainer Glaab, Oberanger 38, 80331 München

Prix Wasserfrau für die Lindauer SPD!

In Lindau am Bodensee gibt es seit kurzem etwas Herausragendes, was andere Ortsvereine oder Sektionen (in der Schweiz) nicht vorweisen können. Wenn am 8. März der Internationale Frauentag gefeiert wird, dann verdient es alle Aufmerksamkeit und Anerkennung, wenn ein Buch erscheint mit dem Titel „Lindauer Frauengeschichte(n)“. In Wort und Bild werden darin zahlreiche Portraits von Frauenpersönlichkeiten in der Inselstadt präsentiert, vom 19. bis zum 21. Jahrhundert. Da sind nicht nur Frauen aus dem kirchlichen oder dem großbürgerlichen Raum in und um Lindau, sondern erst recht auch aus dem Arbeitermilieu, die es wert sind, den nachwachsenden Generationen vorgestellt zu werden.

In dem 213 Seiten starken Buch findet sich auch eine Skizze von der Lindauer Insel mit der Über-

schrift: „Frauenorte auf der Insel Lindau“. Streikende Arbeiterinnen bei der Kekse produzierenden Firma Bahlsen in Lindau werden ebenso ausführlich gewürdigt wie Nese Öztürk, die Vorsitzende des Vereins Türkischer Elternbeirat Lindau. Welches Schicksal ereilte die Jüdin Celum Clara Nördlinger in Lindau nach dem Macht-Antritt der Nazi-Faschisten? Was hat es mit der Legendengestalt der Aurelia in der Lindauer Stadtgeschichte auf sich? Was für Gedanken kommen dem Betrachter der schauerlichen „Hexensteine“ und „Frauenpfähle“ in Lindau? Die Arbeitsbedingungen von Hebammen und Dienstbotinnen im einstigen Kaiserreich in Lindau sind überaus lesenswert, ebenso die Verdienste der Klosterfrauen. Sonja Weindorf ist eine taffe Stadtbushalterin in Lindau, Petra Seidl ist Oberbürgermeisterin der Stadt am/im östlichen Bodensee.

Ausführliche Würdigungen erfahren in dem Buch auch die Organisatoren der Lindauer Frauenkulturtage, der Lindauer Ostermärsche gegen Kriege und Atomrüstung, von Frauen angeführt, Initiativen der Tagesmütter und der misshandelten Frauen für ein Frauenhaus. Eine stattliche Liste von engagierten Gemeinderätinnen seit 100 Jahren mit der Schilderung ihrer sozialen und kulturellen Aktivitäten in Lindau ergänzen die spannenden Berichte in dem Geschichtsbuch. Die Jungfer Rosa Bernhard sorgte am 5. August 1770 im Sonntagsgottesdienst für einen Eklat mit weit reichenden Folgen. Es geht um ein lediges Kind im Pfarrhaus.

Zusammengetragen in langen Stunden der Suche in diversen Archiven hat das Werk der Lehrer Karl Schweizer, der herausgefunden hat, dass es schon 1911 in Lindau einen „Verein für Frauen-Interessen“ gegeben hat. Und im Lindauer Ortskartell des Gewerkschaftsbundes wie bei der Industriegewerkschaft Metall haben Frauen sich immer wieder mit öffentlichen Protest- und Streikmaßnahmen zu verschiedenen Anlässen politische Spuren hinterlassen. Jasmin Steinert empfiehlt nachdrücklich die Lektüre der „Lindauer Frauengeschichte(n)“.

W. Bernhard

SPD Kreis Ulm MdB Hilde Mattheis

Hartz IV-Verhandlungen:

Ein großer Erfolg für ArbeitnehmerInnen und Arbeitslose, Ehrenamtliche, bedürftige Kinder und Kommunen

Nach monatelangen Gesprächen zwischen SPD und der schwarz-gelben Regierung gibt es endlich einen

Kompromiss in den Verhandlungen über das Hartz-IV-Paket. „Die SPD hat echte Fortschritte für ArbeitnehmerInnen, für Arbeitslose, für Ehrenamtliche, für bedürftige Kinder und für die Kommunen erzielt. Das hilft allen Menschen in Deutschland,“ so die Ulmer Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis von der SPD.

Im Einzelnen wurden folgende Erfolge erzielt:

- **Für ArbeitnehmerInnen:**
Mindestlöhne für 1,2 Millionen Beschäftigte durchgesetzt, in der Zeitarbeit, im Sicherheitsgewerbe und in der Weiterbildungsbranche.
- **Für Arbeitslose:**
Hartz IV steigt rückwirkend zum 1. Januar 2011 um 5 Euro. Außerdem gibt es neben der regulären Erhöhung um die gestiegenen Lebenshaltungskosten zum 1. Januar 2012 eine Sonderanpassung um weitere 3 Euro.
- **Für Ehrenamtliche:**
Aufwandsentschädigungen für Übungsleiter werden zukünftig bis zu 175 Euro nicht mehr auf den Regelsatz angerechnet.
- **Für Kinder:**
Das Bildungspaket wird kräftig ausgebaut. 500.000 bedürftige Kinder werden zusätzlich am Bildungspaket teilhaben. 3.000 Sozialarbeiter können sich künftig um Kinder und Jugendliche an Schulen in sozialen Brennpunkten kümmern. Bedürftige Kinder erhalten ein kostenloses Mittagessen in Schulen, Kitas und Horten.
- **Für Kommunen:**
Der Bund übernimmt ohne Vorbedingungen schrittweise bis 2014 die Kosten der Grundsicherung im Alter. Die Kommunen werden dadurch beginnend ab 2012 um 1,2 Milliarden Euro bis zur vollen Summe von 4 Milliarden Euro pro Jahr ab 2014 entlastet. Zusätzlich übernimmt der Bund die tatsächlichen Kosten des Bildungspaketes.

Der jetzt gefundene Kompromiss soll am 22. Februar 2011 im Vermittlungsausschuss und voraussichtlich am 25. Februar 2011 in Bundestag und Bundesrat verabschiedet werden.

Hilde Mattheis abschließend: „Keine Einigung gab es beim Thema gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Hier hat sich die FDP bis zuletzt allen vernünftigen Lösungen widersetzt. Wir sind nicht bereit, schlechte Kompromisse auf Kosten der LeiharbeiterInnen einzugehen. Wir kämpfen deshalb zusammen mit den Gewerkschaften weiter für gleichen Lohn für gleiche Arbeit!“

Zum 21.02.2011

Büro Hilde Mattheis, MdB

Bundesregierung muss Armuts- und Reichtumsberichte weiterentwickeln

Zum Antrag "Vorbereitung des 4. Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung in der 17. Wahlperiode - Armuts- und Reichtumsberichterstattung weiterentwickeln" der SPD Bundestagsfraktion, erklären die Sprecherin der Arbeitsgruppe Verteilungsgerechtigkeit und soziale Integration der SPD- Bundestagsfraktion Hilde Mattheis und die stellvertretende Sprecherin Gabriele Hiller- Ohm:

Die Schere zwischen Arm und Reich ist infolge der Finanzmarktkrise weiter auseinandergegangen. Es liegen Zahlen und Analysen vor, die belegen, dass die Vermehrung des Reichtums und der großen Vermögen ungebremst weitergeht.

Auf der anderen Seite wird ein Gesamtkonzept gegen Armut insgesamt und gegen Kinderarmut im Besonderen immer dringlicher.

Die Bundesregierung hat kein Konzept zur Armutsbekämpfung und ist auch nicht willens, die notwendigen Finanzmittel in die Hand zu nehmen. Sie macht weiterhin eine Politik, die die Ungerechtigkeiten vertieft.

Die Ursachen und Auswirkungen der zunehmenden Spaltung der Gesellschaft müssen sich in den Analysen des 4. Armuts- und Reichtumsbericht niederschlagen. Wir brauchen ein klares Bild über den Reichtum in unserem Land.

Schon im 3. Armuts- und Reichtumsbericht wurden Forschungsdefizite festgestellt und gefordert, "eine Analyse von Reichtum (muss) auch privilegierte Zugänge zu Bildung und zu beruflichen Spitzenpositionen sowie Aspekte wie Macht und Einfluss umfassen."

Die bisher von der Bundesregierung vergebenen Gutachten reichen nicht aus, um die Forschungsdefizite zu beheben. Die Bundesregierung muss mehr für eine sachgerechte Erforschung und die Vergabe entsprechende Gutachten unternehmen.

Die Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung muss Grundlage für die Ausgestaltung sozial gerechter Politik sein. Denn einer gerechteren Verteilung von Wohlstand und Arbeit kommt eine immer entscheidendere Bedeutung für die Entwicklung unseres Landes zu.

Der Bericht muss Handlungsperspektiven für eine Stärkung der Teilhabe- und Verwirklichungschancen des Einzelnen aufzeigen, vor allem in Richtung

besserer Bildung, verbesserter Gesundheit und erleichterten Zugängen zu Erwerbsarbeit mit existenzsicherndem Einkommen.

Dafür müssen qualitative und quantitative Ziele - nachprüfbar - vorgegeben werden, um in einem koordinierten Verbund mit Kommunen und Ländern die Handlungsanleitungen zur Grundlage für einen auf allen politischen Ebenen greifenden Aktionsplan zur Armutsbekämpfung zu gestalten. Dazu muss als eine wichtige Grundlage eine einheitliche Grundsicherungsstatistik eingeführt werden.

Veröffentlicht am 11.02.2011

Hilde Mattheis, MdB



LILA BROMBEERE-KOLUMNE VON FRAU SUSI SCHNÄPF

WANN WIR SCHREITEN SEIT AN SEIT ...!

Strophe:

„Mann und Weib und Weib und Mann sind
nicht Wasser mehr und Feuer Um die Leiber
legt ein neuer Frieden sich, wir blicken freier
Mann und Weib, uns fürder an Mann und
Weib, uns fürder an“

Text: Hermann Claudius

Melodie: Michael Englert

Liebe Leserinnen und Leser,

zum Abschluss jedes Parteitages singen die Delegierten, der Bundesvorstand mit den Ehrengästen, Junge und Alte, Frauen und Männer dieses alte Arbeiterlied. Wir stehen auf und trällern voller Inbrunst in harmonischer Einigkeit die Werte unserer Parteigeschichte. Selbst in diesem Lied aus dem Jahre 1915 findet sich mehr Gleichstellung als im modernen Leben einer SPD-Frau in Baden-Württemberg!

Im Jahr 2011 debattieren unsere Bundes-Genossen mit der Wirtschaft über die Quotenregelung und kämpfen gegen das konservative Gedankengut der CDU. Sie stürzen sich stellvertretend für die fähigen Frauen auf den politischen Gegner! Ja das gefällt uns! So muss das sein!

Doch es ziehen Wolken am Gleichstellungshorizont auf! Aus dem schwäbischen Ländle vernehmen die Frauen furchtbare Kunde:

1. In 70 Wahlkreisen zur Landtagswahl kandidieren 14 Frauen, das sind ganze 20%!
2. Leider wurde vergessen, das Regierungsprogramm zu gendern!
3. Beim zentralen Aschermittwoch sollen die Frauen den Ausputzer spielen!

Für die Landtagswahl sind die Kreise eigenverantwortlich und können ohne eine Quotierung die Kandidatinnen und Kandidaten aufstellen. Wir sehen deutlich, was passiert, wenn es eine solche Regelung nicht gibt. Selbst qualifizierte und fähige Frauen kommen nicht so zum Zug, wie es der Hälfte der Bevölkerung eigentlich zusteht. Nein ich glaube nicht, dass wir nur 20% Frauen innerhalb der Partei haben, die das Zeug für eine gute Landtagsabgeordnete mitbringen! Tja, es fehlt wohl der wohlriechend warme Stallgeruch mit den dazugehörigen Aufstiegssprossen.

Selbst die Antragskommission musste den Entwurf für das Regierungsprogramm erst „gendern“. Kein Wunder, hatte doch nicht eine Frau mitgeschrieben. Die Herren Schmid, Schmiedel und Friedrich waren leider ganz auf sich alleine gestellt. Also haben wir Frauen sicher Verständnis für, ich zitiere:“ Staatsminister für Integration“ (S.52), und “einen offiziellen Landesbeauftragten für die Belange behinderter Menschen“ (S.56). Da hätte ich, Susi Schnäpf, mir 2011 doch ein bisschen mehr erwartet. Eine Staatsministerin oder ein Staatsminister für Gleichstellung wäre doch ein guter Anfang gewesen, nicht wahr!

Die Krönung ist aber eindeutig die Wertigkeit im Umgang mit der ASF und zentralen Veranstaltungsformen. Einen eigenen Aschermittwoch zum 100-jährigen Jubiläum des Internationalen Frauentages! WOW! Wir als zentrale Ausrichterinnen! Super, Freude pur...doch dann? Pustekuchen!

Die Führung setzt auf die Bundes-SPD und Sigmar Gabriel in Ludwigsburg. Zentral ab 11:00 Uhr. Wir Frauen könnten ja um 09:00 Uhr in Bad Cannstatt einen eigenen Aschermittwoch feiern. Wir sollen also eine Veranstaltung wagen, die keine Öffentlichkeit bekäme, von einer Zuhörerschaft mal ganz abgesehen.

Es kam, wie es kommen musste: Wir Frauen haben so reagiert, wie wir es immer tun: FLEXIBEL! Warum klinken wir uns nicht in den zentralen Aschermittwoch ein und geben den „Opener“? Eine kabarettistische Einlage mit einer gelungenen Überleitung zu den prominenten HERREN, das wäre doch der Knüller! Super Idee...wir also wieder los und gehirnt, geplant und dann wegen des straffen Terminplans doch wieder ausgebootet. Und den Ausputzer spielen, den Saal leer fegen, den Ausmarsch der Giganten begleiten, „Polonaise im Bikini“ - Das wollten wir denn doch nicht! Liebe Frauen, das ist ein kleiner Auszug aus dem noch jungen frauenpolitischen Jahr 2011 in der SPD Baden-Württemberg!

Ich, Susi Schnäpf, führe erst dann eine Quotendiskussion, wenn überall genauso viele unfähige Frauen in Führungspositionen sitzen, wie es unfähige Männer tun!

Ich, Susi Schnäpf, schäme mich für die Art und Weise, wie mit der Landes-ASF verfahren wird und nein, wir sind auch diesmal nicht selbst schuld! Dies ist nur eine kleine Anregung, mit der wir es vielleicht bis 2015 schaffen, die Werte umzusetzen, die in Liedern von 1915 besungen werden!

Mit gegenderten Grüßen
Eure

Susi Schnäpf

Aus: ASF-Aktuell-01-2011

SPD Kreis Sigmaringen

Daniel Klein kämpft um das Landtagsmandat

Über 98 000 wahlberechtigte Bürgerinnen und Bürger zwischen dem Lauchertsee oben im Norden und dem Illmensee im Süden beschäftigt derzeit garantiert nur eine einzige Frage: Wie viel Wählerstimmen kann Daniel Klein am 27. März Tanja Gönner abnehmen? **Quizfragen für die Leser/innen:** Welcher baden-württembergische Wahlkreis ist gemeint? Wer ist Tanja Gönner und wo arbeitet Daniel Klein beruflich? Um es kurz zu machen: Daniel Klein ist ein gebürtiger Mainzer (Jg.1971), machte im Kreis Böblingen das Abitur, war nach dem Studium Mitarbeiter einer SPD-EU-Abgeordneten in Rheinland-Pfalz und ist seit einigen Jahren bei der EU-Kommission in Brüssel beschäftigt, zuerst in der Generaldirektion Umwelt und jetzt in der Generaldirektion Unternehmen und Industrie. Er ist Herausforderer für seine Gegenkandidatin, die noch amtierende baden-württembergische Umwelt- und Verkehrsministerin Tanja Gönner, auch CDU-Kreisvorsitzende im Landkreis Sigmaringen.



Der SPD-Landesvorsitzende Nils Schmid und der Biberacher Bundestagsabgeordnete **Martin Gerster** unterstützen Daniel Klein tatkräftig im derzeitigen Wahlkampf, übrigens auch der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr, **General Wolfgang Schneiderhan**. Und Peter Friedrich, Generalsekretär der BW-SPD, auch. Kürzlich absolvierte Daniel Klein im südlichen Landkreis Sigmaringen einen kleinen Kandidatentag. Zunächst besichtigte er zusammen mit Martin Gerster die geplante Umgehungsstraße der Bundesstraße 32 um Herbertingen. Bürgermeister Schrenk lobte Gerster für dessen beharrliches Eintreten im Bundestag und beim Bundesverkehrsministerium für dieses Straßenbauprojekt. Gerster bemüht sich ebenso nachdrücklich auch für den Ausbau der Bahnstrecke Aulendorf-Sigmaringen, die eines Tages wie die große Südbahn elektrifiziert werden soll.

Nach dem Besuch in Herbertingen reiste die SPD-Delegation in den Bad Saulgauer Teilort **Lampertsweiler**. Was ist das Besondere an diesem 300-Seelen-Dorf? Seit letztem Frühjahr ist Lampertsweiler ein staatlich anerkanntes „**Bioenergiedorf**“. Mit einem entsprechenden Hinweis-Schild werden die Besucher bei der Zufahrt in das Dorf begrüßt. Die Familie Dreher betreibt nicht nur den Bauernhof samt dem Hofladen zur Eigenvermarktung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Seit einigen Jahren läuft auch eine Biogas-Anlage, die 3,5 Millionen KWh Wärmenergie erzeugt (Lippertsreute nur 1,2 Millionen KWh). Mit dieser Energieleistung werden 80 Haushalte im Dorf beheizt und 125 000 Liter Heizöl eingespart, sodass kein Geld aus Lampertsweiler an die Ölscheichs im Nahen Osten exportiert werden muss. Daisendorf, Stetten, Frickingen und Deggenhausertal: Bitte nachmachen! Sofort!

Nach diesem Ausflug in die bäuerliche Energiepolitik auf dem Land geht es noch ins Restaurant beim Saulgauer Thermalbad. Das Wasser dort hat einen hohen Calciumgehalt, weshalb beispielsweise Osteoporose-Erkrankte hier gerne Linderung suchen. Im Bad, nicht im Restaurant. Hier referierte Martin Gerster zum Thema: „**Wie steht es um die Kommunal Finanzen derzeit?**“

Bekanntlich will die FDP die Gewerbesteuer abschaffen, und das Wachstumsbeschleunigungsgesetz der schwarz-gelben Bundesregierung in Berlin hat den Städten und Gemeinden in der deutschen Bundesrepublik einen Defizit in Höhe von Über 10 Milliarden Euro beschert. Sie haben wegen dieses Gesetzes also mehr ausgeben müssen als sie eingenommen haben, weiß Martin Gerster. „Die Folgen sind überall zu spüren“, kritisiert der SPD-Politiker, Mitglied im Haushaltsausschuss des Bundestages in Berlin. Das trifft Städte wie Aulendorf oder Bad Saulgau derzeit besonders hart, wenn an Theater und Kultur gespart werden soll oder gleich Hallenbäder geschlossen werden.

Wegen des erwähnten Bundesgesetzes müssen 2011 das Land Baden-Württemberg und die Kommunen 462 Millionen Euro Mindereinnahmen ertragen! Für Steuersenkungen ist da keinerlei Spielraum, ist Gerster überzeugt. Und er wirft der Landesregierung in Stuttgart vor, bei der Bekämpfung der Steuerhinterziehung in der Wirtschaft zu versagen. Jeder zusätzliche Steuerfahnder hole ein Vielfaches an Geld wieder rein im Verhältnis zu den Kosten für eine CD über Steuersünder. Ein neu diskutierter Hebesatz bei der Einkommenssteuer, wie im Schäuble-Finanzministerium erwogen, würde wieder die abhängig Beschäftigten treffen, meint Gerster. Die neue SPD-geführte Landesregierung in Nordrhein-Westfalen habe erhebliche Mittel zugunsten der Kommunen im Land beim Kommunalen Finanzausgleich reaktivieren können, berichtet ergänzend Daniel Klein bei der Versammlung in Bad Saulgau.

Schließlich beklagen die Anwesenden die Misere bei der Finanzierung zum Ausbau der dringend benötigten Schulsozialarbeit in Bad Saulgau und allgemein bei der Ausstattung der Schulen. Auf der anderen Seite ist es auch nicht nötig, betonten die anwesenden SPD-Gemeinderätinnen **Gerlinde Frühbauer und Helga Brey**, dass in den 13 Ortschaften rings um Bad Saulgau überall Dorfgemeinschaftshäuser entstehen müssen, bei allem Verständnis für die Vereine, die für ihre Arbeit halt auch mal Hallen benötigen. Daniel Klein kam am nächsten Tag wieder nach Bad Saulgau, um auf dem Markt-Platz den SPD-Infostand zur Landtagswahl zu betreuen. Er sicherte zu, den ROTEN SEEHAS bald zu einer Fahrt zur EU-Kommission nach Brüssel einzuladen.

W. Bernhard

Norbert Zeller bei der Arbeit



Foto: Andreas Heinrich, Langenargen

Newsletter der Landtagsfraktion der SPD Baden-Württemberg

hier die Themen unseres aktuellen Newsletters:

- [Chancengleichheit von Frauen in Baden-Württemberg stärken](#)
- [Motto einer neuen Bildungspolitik: Gute Schule entsteht von unten](#)
- [Tariftreuegesetz: Verbände unterstützen Vorstoß der SPD-Fraktion](#)
- [Generalverkehrsplan: Taten statt Worte und Konkretes statt Konjunktive](#)
- [Wahlparty im Landtag am 27.03.: Verlosung von 10 Einlasskarten](#)
- [Impressum](#)
-

Chancengleichheit von Frauen in Baden-Württemberg stärken



SPD-Spitzenkandidat und Fraktionsvize Dr. Nils Schmid hat die Bilanz der CDU/FDP-Koalition in der Gleichstellung von Frauen und Männern als verheerend eingestuft. Noch immer hätten berufstätige Frauen Probleme, Kinder und Karriere unter einen Hut zu bekommen. Schmid sprach sich dafür aus, den Ausbau der Kleinkindbetreuung und echter Ganztagschulen zu forcieren. Auch an einer Frauenquote in Führungspositionen führe kein Weg mehr vorbei. "Die Frauenerwerbsquote muss gesteigert werden, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken", sagte Schmid.

[Pressemitteilung zur Einführung einer Frauenquote](#)
[Maßnahmenpaket für eine moderne Familienpolitik](#)
[Parlamentsantrag der SPD zum Atlas für Gleichstellung](#)

Motto einer neuen Bildungspolitik: Gute Schule entsteht von unten



In der letzten Plenarrunde des Landtags hat die SPD mit zwei Gesetzentwürfen Druck für eine neue Bildungspolitik gemacht. „Von unten entwickeln statt von oben verordnen“ lautet ihr Leitmotiv, wie Schulexperte Norbert Zeller betonte. Individuelle Förderung und längeres gemeinsames Lernen sollen gesetzlich verankert werden. Kommunen bekommen Freiraum für die Entwicklung innovativer Schulkonzepte zur Sicherung wohnortnaher Standorte. Mit einem weiteren Gesetzentwurf will die SPD Absolventen mit Realschulabschluss einen Rechtsanspruch auf Zugang zu einem beruflichen Gymnasium gewähren.

[Gesetzentwurf zu individueller Förderung und zum längeren gemeinsamen Lernen](#)
[Gesetzentwurf zum Rechtsanspruch auf einen Platz im beruflichen Gymnasium](#)
[Pressemitteilung zu Kernpunkten einer neuen Bildungspolitik](#)
[Pressemitteilung zum schulpolitischen Sofortprogramm der SPD](#)

Tariftreuegesetz: Verbände unterstützen Vorstoß der SPD



Unterstützung für ihre Gesetzesinitiative gegen Lohndumping durch Auswüchse beim Wettbewerb um öffentliche Aufträge bekam die SPD am Rande der Landtagsdebatte von Eisenbahnern und Aktivisten des Verbands Mobifair. Zuvor hatten schon Handwerkstag und DGB die Zielsetzung eines Tariftreuegesetzes begrüßt. Fraktionschef Claus Schmiedel ließ es sich nicht nehmen, den Demonstranten für ihre

Solidarität zu danken. "Ein Tariftreuegesetz soll Verzerrungen im Wettbewerb entgegenwirken, die durch den Einsatz von Niedriglohnkräften entstehen", unterstrich Schmiedel.

[Gesetzesentwurf der SPD für ein Tariftreuegesetz](#)

[Artikel in der Zeitung Vorwärts zum Tariftreuegesetz](#)

[Link zu Mobifair für fairen Wettbewerb in der Mobilitätswirtschaft](#)

Generalverkehrsplan: Taten statt Worte und Konkretes statt Konjunktive



Der Generalverkehrsplan 2010 der Landesregierung produziert aus Sicht der SPD viel heiße Luft, taugt jedoch nicht als praktische Anleitung für die Umsetzung künftiger verkehrspolitischer Projekte. „Was die Regierung als Zukunftsplan vorgelegt hat, entpuppt sich als ein mit Konjunktiven gespicktes Märchenbuch“, sagte Verkehrsexperte Hans-Martin Haller. Der Infrastrukturstandort brauche indes einen Leitfaden, der konkrete Vorhaben einer modernen Verkehrspolitik konzeptionell und zeitlich steuere: den GVP 10 Doppelplus, so Haller. „Taten statt Worte“ und „Konkretes statt Konjunktive“.

[Pressemitteilung mit den SPD-Plänen für einen Generalverkehrsplan 2010](#)

[Kritische Bilanz des alten Generalverkehrsplans 1995](#)

Wahlparty im Landtag am 27.03.: Verlosung von 10 Einlasskarten



Im Stuttgarter Landtag steigt am 27. März ab 17 Uhr eine nicht-öffentliche Wahlparty. Es werden mehrere hundert Journalisten erwartet. ARD und ZDF senden live aus ihren Wahlstudios. Spitzenpolitiker geben erste Statements zu den Hochrechnungen ab. Natürlich ist auch für das leibliche Wohl bestens gesorgt. Wollen Sie sich auch ins Getümmel stürzen und womöglich den echten Wechsel erleben? Wir verlosen 5 x 2 kostenlose Einlasskarten. Bewerbungen mit Namen und Anschrift bis 4. März um 12 Uhr. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Alle Teilnehmer werden per Mail benachrichtigt.

[Bewerbung um zwei Einlasskarten per Mail an die SPD-Fraktion](#)

Impressum

Verantwortlich: Martin Körner

Redaktion: Martin Mendler

SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg

Konrad-Adenauer-Straße 12

70173 Stuttgart

<mailto:zentrale@spd.landtag-bw.de>

www.spd.landtag-bw.de

www.facebook.com/spdlandtagbw

www.twitter.com/spdlandtagbw

DEMO Bildung in den Mittelpunkt Die Formel lautet:

Bi = Ch

Bildungsgerechtigkeit = Chancengleichheit

Erzieher, Lehrer, Studenten, Eltern, und Kinder mischen mit!

Der Landtag entscheidet darüber, wie viel Geld für die Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen in BW bereitgestellt wird. Machen Sie sich stark für starke Kinder und ihre Familien. Ihre Stimme entscheidet mit, wer im Landtag sitzt. Nutzen Sie die Chancen!

18. März 16.00 Uhr

Stuttgart Treffpunkt Lautenschlagerstraße am **Hbf** => Kundgebung auf dem Schlossplatz

Eine Veranstaltung mit dem **Bildungsbündnis** **Gute Bildung braucht gute Rahmenbedingungen!**



100 Jahre SPD Lindenberg



**Das BayernForum der
Friedrich-Ebert-Stiftung lädt ein
zur Ausstellungs-Eröffnung:**

**Donnerstag, 31. März 2011
um 19.00 Uhr im
Löwenfoyer, Löwenstraße**

**mit dem Landesvorsitzenden
der Bayern SPD**

Florian Pronold, MdB



100 Jahre SPD Ortsverein Lindenberg und 25 Jahre Sozialistenhut



V. i. S. d. P. Leo Wiedemann

Impressum

Herausgeber:

Deutsche Gruppe SBI und Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI – D - (Präsident MdL Norbert Zeller)

Redakteure, verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Karl-Heinz König, Rebhalde 3, D 88709 Meersburg

Tel.: 07532/313048

E-Mail: roterseehas@kabelbw.de

und

Willi Bernhard, Rosenstr. 36, D 88074 Meckenbeuren

Tel.: 07542/20349

E-Mail: willibernhard@gmx.de

Weitere Autoren in dieser Ausgabe:

Bundes-SPD (SPD.de):

www.spd.de

SPD.de

SPD Presseservice:

pressestelle@spd.de

Büro Peter Simon, MdEP:

peter.simon@europarl.europa.eu

Evelyne Gebhardt, MdEP:

EGebhardt.MdEP@t-online.de

Europa Aktuell:

Ludwig.Dorner@t-online.de

Ludwig Dorner:

Dr. Roland Peter,

Pressesprecher:

roland.peter@spd.landtag-bw.de

Norbert Zeller, MdL:

norbert.zeller@spd.landtag-bw.de

Dario Sulzer:

sulzer@sp-sg.ch

SPÖ-Express:

hubert.loetsch@spoe.at

www.spoe.at

Matthias Schwär:

schwaer@franz-lemli.de

Wolfgang Heinzl:

presse@franz-lemli.de

pressemaci@aol.com

Robin Mesarosch:

mesarosch@franz-lemli.de

BayernSPD:

www.bayernspd.de

Büro Berlin, Hilde Mattheis, MdB:

hilde.mattheis.ma01@bundestag.de

Wahlkreisbüro Hilde Mattheis:

hilde.mattheis@wk.bundestag.de

SPD-Landtagsfraktion BW:

mailto:zentrale@spd.landtag-bw.de

ASF aktuell:

gudrun.igel-mann@spd.de

Leo Wiedemann:

leo.wiedemann@t-online.de

Die mit Namen gekennzeichneten Artikel geben die Meinung der Verfasserin oder des Verfassers wieder.
Die Beiträge stimmen nicht unbedingt mit der Redaktion überein.

[E-Mail-Abonnement \(ab\)bestellen](#)

(Karl-Heinz König)

roterseehas@kabelbw.de